Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1892

79 (7.4.1892) II. Blatt

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg. (monatlich 70 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk. 35 Pfg., mit Bestellgeld 3 Mk. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Sonntags-Beilage:
Das illustrirte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen".

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg., Reklamen 25 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 79, II. Blatt. Donnerstag, den 7. April 1892.

W. „Zur Ordnung gerufen."

Karlsruhe, 5. April.

Präsident Lamey hat heute den Abg. Wacker „zur Ordnung" gerufen. Oft schon hat er gerade diesen Abgeordneten unterbrochen, allein so weit ist er noch nie gegangen, ihm zu sagen: „ich rufe Sie zur Ordnung." Die näheren Umstände verdienen schon weiteren Kreisen bekannt gegeben zu werden. Unumwunden soll eingeräumt werden, daß der Ordnungsruf unanfechtbar wäre, wenn man den Maßstab der Praxis an ihn legen könnte, die in anderen Parlamenten üblich ist. Allein das kann man eben nicht. Lamey's Art, zu präsidiren, kommt anderwärts nicht vor. Eben darum darf man mit Fug und Recht sagen, daß in einem anderen Parlamente eben auch nicht denkbar wäre, was dem Ordnungsruf voraus gegangen ist und noch weniger das, was ihm zur Seite ging und nachfolgte. Der erste Paragraph der Schulgesetzvorlage enthält eine Bestimmung, deren Anwendung in der Gegend am Bodensee zu großen Unzuträglichkeiten führen kann. Jeweils in den Sommermonaten kommen Knaben, besonders aus Voralberg und dem Kanton Graubünden zu den Bauern am See, um das Viehhüten zu besorgen. In ihrer Heimath haben sie während dieser Zeit keinen Schulunterricht und auf den Winter gehen sie wieder nach Hause. Sie verlieren also gar nichts, wenn sie auch bei uns den Unterricht nicht besuchen, so lange sie da sind. Andererseits können sie den Unterricht sehr stören und dem Lehrer große Mühe machen, wenn er sich mit ihnen wie mit anderen Schülern beschäftigen will, weil sie nicht die gleiche Grundlage des Unterrichtes haben wie die anderen. Bisher waren sie einfach vom Schulbesuche bei uns befreit; in Zukunft sollen sie dagegen zum regelmäßigen Schulbesuche angehalten werden. Schon in der Schulkommission hatte der Abg. Lohr diese Verhältnisse zur Sprache gebracht und mußte dafür einen Kiefer'schen Erguß mit in den Kauf nehmen, der mit „bäuerlicher Selbstsucht" und ähnlichen Liebenswürdigkeiten um sich warf. Die Kiefer'sche Rolle von damals übernahm heute der socialdemokratische Abg. Dreesbach, von seinem Kollegen Rüdt unterstützt. In gewohnter Manier erging sich der erste wie der zweite in hochtönenden Phrasen, die mehr oder weniger verletzend waren, den eigentlichen Kern der Sache aber gar nicht trafen.

Der Abg. Wacker hatte seinem Fraktionsgenossen Lohr sekundirt. Inhalt wie Tendenz seiner Ausführungen waren durchaus dazu angethan die socialistischen Tiraden über „Sklavenmarkt", „Humanität", „Selbstsucht der Bauern", „Schulzwang", „Ausnützung der Kinder" u. s. w. u. s. w. nicht aufkommen zu lassen. Allein dann hätte Dreesbach keinen Redestoff gehabt und Kiefer ihm nicht Beifall zollen können.

In einer zweiten Rede trat Wacker diesen mit Kiefer's Beifall begleiteten Ausführungen entgegen und da kam es zu einem heftigen Zusammenstoß mit dem Präsidenten Lamey.

Wacker sagte Dreesbach gegenüber, das Meiste von dem, was derselbe ausgeführt habe, sei gegenstandslos; es handle sich gar nicht darum, ob Schulzwang bestehen solle oder nicht. Niemand im Hause vertrete das, wogegen er losgegangen sei. Es wäre das eigentlich nur „**Zeitverschwendung**". Kein Abgeordneter, auch nicht der Abg. Dreesbach selbst, nahm an diesem Ausdruck irgend welchen Anstoß. Zur nicht geringen Ueberraschung des Redners wurde er dabei vom Präsidenten Lamey unterbrochen und mit einer Rüge bedacht. Man wird es kaum erklärlich finden können, wenn Abgeordneter Wacker eine solche Rüge, die Lamey ertheilt, nicht ohne Weiteres hinnahm. Sichtlich überrascht sprach er dann sofort: ihm selbst sei von diesem oder jenem anderen Abgeordneten und **auch vom Präsidenten selbst** schon Stärkeres gesagt worden, ohne daß eine Rüge erfolgte. Das enthielt nun allerdings einen doppelten Vorwurf gegen den Präsidenten, ist aber zweifellos gewiß.

Lamey wurde heftig erregt darüber und entgegnete sofort: „Ich rufe Sie zur Ordnung". Unmittelbar daran schloß er eine Erklärung des Inhalts, daß er den Abg. Wacker noch nie ungerecht behandelt habe. Nachdem Lamey geendet sprach Wacker: den Ordnungsruf müsse er natürlich über sich ergehen lassen; darüber aber, ob der Präsident ihn schon ungerecht behandelt habe, sei dieser nicht der kompetente Richter, da es ihn selber angehe. Auch der Abgeordnete Wacker ist da nicht kompetent, meinte Lamey. Damit schien der Zwischenfall erledigt, Wacker fuhr in seiner Rede weiter fort. Nachher kam Kiefer an die Reihe, der gegen Wacker polemisirend u. A. wörtlich sagte: „**das ist eine sophistische Ausrede.**" Lamey rührte sich nicht. Da rief Wacker zum Präsidententisch: „Sophistische Ausrede! das geht jetzt." Da Lamey es nicht hören wollte, wiederholte er den gleichen Zuruf, was einen kurzen Dialog zwischen ihm und Lamey zur Folge hatte. „Sie haben auch schon Verschiedenes gesagt," antwortete Lamey; „nur hab' ich eine Rüge bekommen und der Abg. Kiefer nicht," gab Wacker zurück. Nunmehr erreichte Lamey's Aufregung ihren Höhepunkt und suchte in einem kleinen Ungewitter Ausdruck, das über Wacker hinfuhr, aber nur polterte, nicht aber auch einschlug. Der Präsident war dabei so unvorsichtig, dem Abg. Wacker vorzuhalten, daß er bei den bezüglichen Budgetdebatten die Regierung wiederholt beleidigt habe, ohne daß er (Lamey) ihm dafür eine Rüge ertheilte. Wenn nun dem wirklich so ist, dann hat Lamey seines Amtes schlecht gewaltet und als Präsident sehr unrecht gehandelt, wenn auch nicht auf Kosten des Abg. Wacker, so doch auf Kosten der Regierung. Ob Wacker wirkliche Beleidigungen, die ein Einschreiten des Präsidenten gerechtfertigt hätten, sich hat zu Schulden kommen lassen, das kann Jedermann aus seinen Reden entnehmen, die ja in ihrem Wortlaute veröffentlicht worden sind. In der Kammer, sagte Lamey ferner, lasse er sich nicht den Vorwurf machen, daß er „ungerecht und parteiisch" präsidire. Wenn Wacker im „Beobachter" es ihm vorwerfe, dann genire es ihn nicht. Nun, Herr Lamey hat ja den Beweis dafür geliefert, daß es ihn in hohem Grade genirt.

Was nun die Frage angeht, ob ein solcher Vorwurf auch thatsächlich begründet, folglich berechtigt wäre, so hat Lamey durch die Art seines Präsidirens eine Masse Material geliefert, dessen Ausnützung für ihn nur ungünstig ausfallen könnte. Heute sagt Wacker mit gutem Grunde zu Dreesbach: das ist eigentlich „**Zeitverschwendung**" und wird dafür gerügt, ohne daß Dreesbach es verlangt. Kiefer sagt zu Wacker: das ist eine „**sophistische Ausrede**" von Ihnen, und wird nicht gerügt, obwohl Wacker es verlangt. Gestern rief Kiefer dem Abg. Gerber zu: „**Das ist gelogen**" und wird auch nicht gerügt, obwohl die ganze Centrumsfraktion sich unruhig zeigte. Das die allerneuesten Belege, die sehr leicht in sehr großer Zahl ergänzt werden können.

Deutschland.

Berlin, 5. April.

Die „Kreuzzeitung" bespricht die Meldung der Blätter über eine angebliche freundlichere Gestaltung der russisch-deutschen Beziehungen und bezeichnete dieselbe als durchaus erfunden. Sie stellt als Thatsache fest, daß sich Rußland in derartiger Geldnoth befinde, daß es sein Goldguthaben immer mehr zurückzieht. Rußland hoffe, bei Emittirung einer neuen Anleihe ausländisches Kapital heranzuziehen und beabsichtige eine neue Notenausgabe in großem Umfange. Indessen trügen die Nothstandsarbeiten fast ausnahmslos den Charakter strategischer Arbeiten.

— Vielfach werden jetzt auch in der nicht dem Centrum angehörigen Presse Zukunftsbetrachtungen über die Gestaltung der inneren Lage angestellt, deren Horoskop indessen übereinstimmend wenig tröstlich lautet. So meint selbst ein so ruhiges Blatt, wie die „Schles. Ztg.", in Preußen lasse sich nach der endgiltigen und demonstrativen Zurücknahme der Volksschulvorlage mit der alten Kartellmehrheit regieren, obwohl deren Wiederzusammenschluß jetzt weniger wahrscheinlich sei, als je, im Reiche aber nicht. „Man darf gespannt sein, wie künftig die Majoritäten gestaltet sein werden, auf welche die Regierung sich zu stützen gedenkt. Wir haben, offen gesagt, keine Vorstellung davon. (Andere Leute auch nicht. Red.) Fürst Bismarck hat stets mit wechselnden Majoritäten regiert. Aber immer waren es in jeder Phase seiner Politik bestimmte parlamentarische Gruppen, auf welche er sich stützte. Wo sollen diese jetzt herkommen, wenn im Grunde alle Parteien der Opposition angehören? Wir wollen der Regierung wünschen, daß es ihr gelingen möge, ihrer Politik eine Richtung zu geben, welche so sehr dem Empfinden der Mehrheit der Bevölkerung entspricht, daß sie sich die Gefolgschaft auch der parlamentarischen Majoritäten erzwingt."

— Schulgesetz und Evangelischer Bund. Vor einigen Tagen hat der Prediger an St. Marien in Berlin, Prof. Scholz, ein Schreiben veröffentlicht, in welchem er sagt: „Das Schulgesetz soll konfessionell sein, aber nicht klerikalen oder hierarchischen Zwecken dienen." Am Schlusse bemerkte er, daß er diesen Standpunkt in seinem eigenen und zugleich im Namen des Evangelischen Bundes vertreten habe. Dazu schreibt die „Kreuzzeitung": „Hiernach gehörte also auch der Evangelische Bund zu den Gegnern des Volksschulgesetz-Entwurfs und Hr. Scholz war das Sprachrohr, durch welches diese Gegnerschaft zum öffentlichen Ausdruck gebracht wurde. Dadurch wird der Argwohn bestätigt, mit welchem wir die Thätigkeit des Evangelischen Bundes von jeher betrachtet haben. Schon bei seiner Gründung mußten wir annehmen, daß es sich um ein einseitiges Unternehmen der kirchlichen Mittelpartei handele, dessen Unterstützung aus diesem Grunde entschieden positiv gerichteten Männern nicht anzurathen sei. Diese Vermuthung wurde auch dadurch nicht beseitigt, daß sich dem Bunde später eine Reihe liberaler Mitglieder anschloß. Freilich versuchte die Bundesleitung diesen Argwohn zu zerstreuen, indem sie mit den Vorständen der positiven Berliner Parochial-Vereine Fühlung suchte und deren Mitglieder zum Massenbeitritt zu bestimmen unternahm. Jetzt ist die Maske gefallen. Gewiß sind auch die positiven Gruppen der evangelischen Kirche scharfe Gegner des Katholizismus. Es fragt sich nur, welche Form der Kampf gegen denselben annimmt. Die negative Haltung Rom gegenüber thut es nicht allein, sie führt in ihrer Isolirtheit nicht zum Evangelium, sondern zum Unglauben. Mit dem Feldgeschrei „Kampf gegen Rom" wird man aber hier herzlich wenig ausrichten. Es gibt Leute, deren ganzes Christenthum darin besteht, daß sie dieses Feldgeschrei beständig im Munde führen. Auf diese mag der Evangelische Bund eine Art von Anziehungskraft ausgeübt haben."

— Die Evangelische Gesellschaft für Deutschland in Elberfeld-Barmen versendet ihren Jahresbericht pro 1891. Recht interessant ist es zu erfahren, wie diese Gesellschaft, mit dem ausgesprochenen Zweck, „zur Ausbreitung der evangel. Heilswahrheit auf Grund des Wortes Gottes und der reformatorischen Bekenntnißschriften in Deutschland beizutragen," ihre Aufgabe zu erfüllen bestrebt ist. Hauptmittel sind ausgebreitete Kolportage, freiwillige Traktat-Vereine, Hausbesuche, die „manchmal schroffe Abweisung finden," Bibelbesprechstunden und Versammlungen, wie sie an andern Orten schon bestehen, Männer- und Jünglings-, Frauen- und Jungfrauen-Vereine u. s. w. Und dann heißt es auf einmal ganz harmlos: „In Köln wird seit einem Jahre unter den Katholiken gearbeitet." Die „K. Volksztg." gibt der Gesellschaft den Rath, sich in Köln um ihre Glaubensgenossen zu kümmern; über Mangel an „Arbeit" wird sie nicht zu klagen haben; setzt sie die offizielle Proselitenmacherei fort, so möge sie sich auf „schroffe Abweisungen" gefaßt machen.

— Die „Nordd. Allg. Ztg." bringt einen längeren Artikel über die Einführung der Mitteleuropäischen Zeit, den mit den Worten schließt: Zumal auch die Sicherheit des Militärdienstes im Falle einer Mobilmachung in Betracht komme, sei lediglich das Reich als zuständig zu erachten, um die Uebereinstimmung in der Zeiteintheilung für das gesammte Reichsgebiet in deregtem Sinne zu inauguriren und für sichere Durchführung dieser Maßregel zu sorgen.

— Nach den Ermittelungen des kaiserlichen statistischen Amts betrug die überseeische Auswanderung aus Deutschland im Februar 1892 5150 Personen gegen 4969 im Februar 1891.

— Nach der „Nat.-Ztg." gehören der Börsenenquete-Kommission aus dem Kreise der Reichstagsabgeordneten an: Geh. Rath v. Cuny und Graf Arnim, ferner die Professoren Schmoller und Gustav Cohn aus Göttingen. Im Ganzen besteht die Kommission außer den beiden Vorsitzenden aus 23 Mitgliedern.

— Im Abgeordnetenhause sind anwesend die Minister Graf Eulenburg, v. Bötticher, Herrfurth und Miquel. Die Nachtragsforderung für den Ministerpräsidenten wird mit Rücksicht auf die mangelhafte Besetzung des Hauses, da über die Forderung eine ausgedehntere Debatte zu erwarten ist, auf Grund einer Besprechung der Vertrauensmänner des Hauses von der Tagesordnung abgesetzt. Dagegen stimmen die Minister v. Bötticher und Herrfurth als Abgeordnete, sowie ein Theil der Konservativen und Nationalliberalen. Die Berathung wird erst nach Ostern erwartet. Nach debattenloser Erledigung kleinerer Vorlagen wird die Sitzung auf morgen vertagt.

— Ueber Verminderung der Schnellzüge bringt die „Allgem. Reichs-Korr." folgende auffallende Meldung: „Das unbefriedigende Ergebniß der preußischen Staatsbahnen im letzten Jahre und der Umstand, daß für das

---

Im Banne geheimer Mächte.

Originalroman von Adolphe Belot.

(Fortsetzung.)

Der Beamte ließ diese Spuren sorgfältig mit Holzplättchen bedecken und einen Wächter dabei aufstellen, um sie bis zu ihrer genauen Besichtigung und Vermessung durch den Untersuchungsrichter unversehrt zu erhalten. Dann schritt er zur Vernehmung einiger Personen, bei denen er Recherchen anzustellen wünschte, zunächst der im Park Monceau angestellten Wächter. War ihnen in dem Park ein irgendwie verdächtig Umherstreifender aufgefallen?

Nach der Aussage des ersten Wächters, der vernommen wurde, war gegen 7 Uhr Abends, zu der Zeit, wo die Thore des Parks dem Reglement gemäß bald geschlossen werden sollten, ein Mann von erheblich großer Figur, den Kragen seines Ueberrocks hoch aufgeschlagen, von der Avenue Ruysdeal aus in den Park hineingegangen, hatte sich kurz nach links gewandt und war in der Richtung nach dem Hotel Lavisine zu fortgeschritten.

Ein zweiter Wächter theilte mit, daß in dem Augenblick, als er die sich nach der Rue Rembrandt öffnende Parkpforte zu schließen im Begriff war, ein Mann, aus dem Park kommend, auf dieselbe zugeschritten sei, als wolle er dort hinausgehen.

„Oeffneten Sie ihm das Thor?" fragte der Kommissar.

„Nein, er sagte auch nichts davon zu mir. Er wandte sich plötzlich der Hauptallee zu, die um den ganzen Park läuft, und ging auf ihr weiter. Er muß den Park durch die Avenue Van-Dyck verlassen haben."

„War der Mann groß?"

„So ziemlich; jedenfalls über mittelgroß."

Jetzt trafen einige weitere Polizeibeamte ein, Agenten der Sicherheitspolizei, unter denen der Kommissar alsbald einen besonders tüchtigen Detektiv erkannte.

„Sie sind unterrichtet, um was es sich handelt," redete er ihn an, „nicht wahr, Corbin, und haben sich orientirt? Nun, können Sie mir etwas Neues melden?"

Der Beamte nickte gleichmüthig zurück.

„An den beiden Eingängen des Hotels in der Rue de Courcelles und der Rue de Murillo habe ich einige Personen zurückgelassen," sagte er, „welche einen Mann in der Nähe des Hauses haben umherstreifen sehen, der ihnen verdächtig schien."

„Lassen Sie diese Leute kommen."

Der Detektiv entfernte sich und führte einige Augenblicke später eine Verkäuferin von Kuchen und Kinderspielsachen in das Gemach, die ihren kleinen Laden nahe am Eingange des Parks in der Avenue Van-Dyck hatte.

Sie erklärte gleichfalls, sehr bald nach der Detonation, die sie vernommen, einen Mann sehr raschen, fast fluchtartigen Schrittes an ihrem Laden vorbeieilen gesehen zu haben, den sie ganz ebenso wie die beiden Wächter beschrieb.

Dieser Frau folgte ein Omnibus-Kondukteur, der, aus einem Bureau der Gesellschaft in der Nähe des Hotels tretend, ein rasch dahin schreitenden Mann bemerkt hatte, der sich in heftiger Erregung zu befinden und lebhaft mit sich selbst zu sprechen schien. Derselbe war dicht an ihm vorüber gestreift und ihm wegen seiner ersichtlichen Erregung aufgefallen.

„War der Mann von großer Figur?" fragte der Kommissar.

„Mittelgroß."

„Sind Sie sicher, daß er nicht von besonders großer Figur war?"

„Groß wohl, aber von besonders großer Figur nicht."

„War er gut gekleidet?"

„Anständig ja. Er sah nicht etwa abgerissen aus."

„Hatte er den Kragen seines Ueberrockes in die Höhe geschlagen?"

„Nein, Herr Kommissar, das Gesicht war frei, denn ich konnte es deutlich sehen. Ich würde ihn nöthigenfalls wiedererkennen können, da er mir auffiel und ich ihn deshalb einigermaßen genau in Augenschein nahm."

„Nachdem er an Ihnen vorübergegangen, schlug er welchen Weg ein?"

„Er machte nach wenigen Schritten plötzlich eine Wendung und eilte den Boulevard de Courcelles hinunter, der dem Parkgitter gegenüber liegt. Ich sah es, weil ich ihm einige Augenblicke neugierig mit den Blicken folgte."

Die nächste Aussage gab den Ermittelungen, welche diesen Unbekannten verdächtig erscheinen ließen, noch mehr Halt und größere Bestimmtheit. Es war die Aussage eines Mannes, welcher in der Nähe des Parkthors in der Avenue Ruysdeal eine Tabakverkaufsstelle und Restaurant inne hatte.

Der Zeuge erklärte, gegen 6 Uhr Abends sei ein Mann von ungefähr 50 Jahren, ziemlich groß, einfach bürgerlich gekleidet, in seinem Lokal erschienen und habe in einer entlegenen Ecke des Cafés Platz genommen. Er schien sehr aufgeregt, mit irgend etwas in seinem Innern zornig beschäftigt, und verlangte einen Liqueur und die Utensilien, um einen Brief zu schreiben, auch Oblaten, um denselben zu schließen. Das Schreiben selbst ließ er darauf von meinem Lokale aus befördern."

„Durch wen?" fragte der Kommissar.

„Durch einen meiner Kellner."

„Ah, gut. Ist Ihnen bekannt, an wen der Brief gerichtet war?"

„Ja wohl, Herr Kommissar. „Hierher nach dem Hotel Lavisine an den Herrn Grafen. Ich las die Adresse, als der Kellner mich um die Erlaubniß bat, den Brief befördern zu dürfen."

„Sollte der Kellner eine Antwort zurückbringen?"

Ja. Er wartete hier indeß unnütz auf eine solche: der Graf ließ ihm hinaussagen, er habe keine Antwort zu geben, man solle ihn in Ruhe lassen."

„Wie verhielt sich Ihr Gast, nachdem er diesen Bescheid erhalten?"

„Er blieb noch etwa eine halbe Stunde in meinem Lokal und schien sehr zornig zu sein. Er schlug mit der Faust auf den Tisch und fluchte, als ihm der Kellner die Worte des Grafen wiederholte. Dann blieb er auf seinem Platz allein und schien seinen Bewegungen nach heftig mit sich selbst zu sprechen. Es mußte das wohl eine Angewohnheit von ihm sein."

Diese Eigenthümlichkeit hatte der Omnibuskondukteur auch von seinem Verdächtigen konstatirt, und daher sprach die größte Wahrscheinlichkeit dafür, daß der von dem Kondukteur Beobachtete und der Gast des Cafés in der Rue de Monceau ein und dieselbe Person gewesen.

„Wissen Sie, welchen Weg der Mann einschlug, als er Ihr Lokal verließ?" fragte der Kommissar.

„Nein. „Ich war in den Keller hinabgestiegen und der Kellner in der Küche beschäftigt; als wir zurückkehrten war der Fremde fort, wir hatten ihn nicht gehen sehen."

„Haben Sie, während er sich bei Ihnen befand, sonst nichts Auffälliges an ihm bemerkt?"

„Ich wüßte nichts."

„Zum Beispiel, daß er einen Gegenstand mit einer gewissen Sorgfalt bei sich trug — eingewickelt oder vielleicht auch in einer Rocktasche, die davon aufgebauscht war?"

„Rocktasche aufgebauscht? Das ja, Herr Kommissar, — in der That, ich erinnere mich: in der einen Tasche seines Ueberrockes schien er einen großen Gegenstand zu bergen, der dieselbe aufblähte, und er faßte oft mit der Hand darnach hin."

„Täuscht Sie Ihre Erinnerung nicht?"

„Keineswegs, ich weiß es ganz genau. Anfangs glaubte ich, er habe Eßwaare darin und wolle dieselbe zu seinem Liqueur verzehren, deshalb fiel es mir auf; später beachtete ich es nicht weiter, daher war es mir anfangs entfallen. Jetzt aber, durch Ihre Frage daran erinnert, kam es mir deutlich wieder in's Gedächtniß zurück."

„Konnten Sie an der Außenseite der Tasche annähernd erkennen, welche Form der Gegenstand in derselben hatte: rund, viereckig —?"

„Nein, Herr Kommissar."

Der Beamte entließ den Zeugen und durchlief aufmerksam die Notizen, die über die verschiedenen Aussagen der Vernommenen zu Papier gebracht waren.

Es ließ sich gar nicht bezweifeln, daß diese verschiedenen Zeugnisse bis jetzt theils genau übereinstimmten, theils sich durchaus mit einander in Einklang bringen ließen oder einander ergänzten. Nur in zwei, an sich jedoch unwesentlichen Punkten herrschte noch eine Unsicherheit oder ein Zwiespalt vor: hinsichtlich des auf- oder niedergeschlagenen Rockkragens und hinsichtlich der Größe des Verdächtigen. Die Einen hatten ihn als sehr groß, die Anderen nur als ziemlich groß oder mittelgroß bezeichnet, — eine unwesentliche Differenz, bei der Alles von persönlicher Anschauung und Schätzung abhing; nach den Einen trug er den Rockkragen emporgeschlagen, nach den Anderen nicht; ein noch weniger wichtiger Umstand, da ein Rockkragen im Moment empor- oder niedergeschlagen ist, und der Unbekannte jeden Augenblick eine solche Veränderung vorgenommen haben konnte. Alles Uebrige deckte und ergänzte sich so vollkommen, daß man durch die erhaltenen Aussagen dem verdächtigen Individuum von seinem Erscheinen in dem Quartier an bis zu seinem eiligen Verlassen desselben fast Schritt für Schritt folgen konnte.

Jetzt aber entstand die Frage: wer war dieser Unbekannte? Sein Brief an den Grafen gab vermuthlich Auskunft darüber, — war dieser Brief noch vorhanden?

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

folgende Jahr in Folge Darniederliegens eines großen Theiles der deutschen Industrie ein besseres Resultat nicht zu erwarten ist, haben an maßgebender Stelle zu Erwägungen Zwecks Verminderung der Betriebskosten geführt. Wie wir hören, wird die Zahl der auf einigen Linien kursirenden Schnellzüge, da deren Kosten nicht im Einklang mit der Benutzung stehen, eine Verminderung erfahren. Wenn auch für den vom 1. Mai an giltigen Sommerfahrplan eine Aenderung noch nicht Platz greifen dürfte, so ist eine solche um so sicherer vom 1. Oktober ab zu erwarten."

Ausland.

Tilsit, 5. April. Zahlreiche anarchistische und nihilistische Schriften wurden auf dem hiesigen Zollamte beschlagnahmt.

Wien, 5. April. Ein Berliner Brief der „Polit. Korr." warnt die Bulgaren, die gegenwärtige Lage zu benutzen, um die Anerkennung des Fürsten Ferdinand zu erzwingen. Die Regierung Ferdinand's sei von der Pforte auf Veranlassung Russlands für ungesetzlich erklärt worden. Die Anerkennungsfrage sei nur auf Grund des Berliner Vertrages zu regeln.

Pest, 5. April. Zum Schluß der Sitzung der Abgeordneten sagte Ministerpräsident Graf Szapary: Eine Gewähr unserer Existenz und des europäischen Friedens sind wohl die Bündnisse, doch wächst unser Einfluß gegenüber den Alliirten in dem Maße, als wir die Aufgaben, zu denen die Bündnisse geschlossen wurden, erfüllen. Wir vertrauen den Alliirten, in erster Reihe aber der eigenen Kraft und aus der eigenen Kraft müssen wir das Erforderliche leisten.

Paris, 5. April. Nach dem gestrigen Verhör mit Ravachol wurden die einzelnen Thäter der jüngsten Explosionen festgestellt. Man hält damit die Voruntersuchung für abgeschlossen.

Abermals ist an mehreren Orten Dynamit aufgefunden worden. Aus den Papieren der in Madrid verhafteten Anarchisten scheint hervorzugehen, daß sie mit den Pariser Anarchisten Fühlung hielten, und daß viele französische Anarchisten in Spanien sich aufhielten und umgekehrt. Die beiden Regierungen scheinen deßhalb einen freundschaftlichen Austausch vornehmen und die beiderseitigen Anarchisten in ihre Heimathländer zurückschicken zu wollen.

Die Polizei in Lyon und Douai hat geheime Niederlagen von Dynamit entdeckt und einige Verhaftungen vorgenommen. In Narbonne wurden zwei Russen verhaftet, welche im Verdacht stehen, aus einem Eisenbahnzug Dynamit gestohlen zu haben.

Das „Journal des Débats" will wissen, in dem gestrigen Posteinlaufe des Polizeipräfekten hätte sich eine Blechschachtel befunden, welche die Sachverständigen für eine sorgfältig konstruirte Höllenmaschine erklärt hätten.

Der Minister des Innern hat den Präfekten in einem Rundschreiben Verhaltungsmaßregeln für den 1. Mai gegeben.

Der Kultusminister hat einige Bischöfe, so die von Nancy und Marseille, ersucht, die Konferenzen in den Kirchen einzustellen, da sie zu Unordnungen Anlaß geben könnten.

Zwischen der französischen und der englischen Regierung ist ein Einverständniß über einen modus vivendi in Neufundland erzielt worden. Die betreffenden Noten wurden gestern ausgetauscht.

Eine amtliche Depesche aus Porto Novo meldet: In der Nacht vom 3. auf den 4. April haben die Dahomenser Natome und mehrere andere Dörfer der Umgegend niedergebrannt. 6000 gut bewaffnete Krieger lagern gegenwärtig vier Stunden nördlich von Porto Novo; sie scheinen neue Verstärkungen zu erwarten, um die Stadt anzugreifen. Der Gouverneur Ballot hat folgenden unverschämten Brief des Königs Behanzin erhalten: „Ich bin nie nach Frankreich gegangen, man hindert mich, es zu thun. Ich bin nie nach Frankreich gegangen, um Krieg zu führen, und sehe mit Kummer, daß Frankreich mich hindert, es gegen ein afrikanisches Land zu thun. Das geht es nichts an. Wenn Ihr nicht zufrieden seid, könnt Ihr thun, was Ihr wollt; ich bin bereit."

Dem Kolonialamt ist folgendes Telegramm zugegangen: „Lieutenant Marchand, Resident bei Tiba, hat aus Kutienne vom 21. Februar unter Vorbehalt das Gerücht mitgetheilt, die Mission Monard sei am 2. Februar bei Seguela von den Leuten Samorys ermordet worden. Lieutenant Marchand sei aufgebrochen, um sich Gewißheit zu verschaffen.

Nancy, 5. April. Gestern entstand in der Kathedrale während der Rede des Bischofs Turinaz über die Arbeiterfrage eine tumultuarische Scene, ein Theil der Anwesenden lärmte und schrie; man schleuderte die Stühle umher und zerschlug die Kronleuchter, dabei wurden 5 Personen verletzt.

Lüttich, 5. April. Gestern Abend sind aus dem Kohlenbergwerk Bonneur unweit Lüttich 300 Patronen, welche 25 Kilogramm Dynamit enthalten, entwendet worden. Die Untersuchung wurde eingeleitet.

Rom, 5. April. Es verlautet, der Kriegsminister habe im letzten Kronrath die Absicht kundgegeben, im September nach Afrika zu reisen, um sich von dem Zustand der Kolonie zu überzeugen.

Der Minister des Innern hat wegen des 1. Mai verfügt, in den großen Städten alle Truppen in Bereitschaft zu halten. Es verlautet, die Besatzung Roms solle verstärkt werden, dieses Gerücht findet jedoch keinen Glauben.

Dem „Berl. Tagebl." meldet man aus Rom, die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika habe Italien 100,000 Frcs. Entschädigung für die Familien der in New-Orleans gelynchten Italiener angeboten, Minister di Rudinì diese Summe aber ziemlich schroff zurückgewiesen. Die Abreise des Gesandten di Fava nach Washington wurde darauf aufgeschoben. Doch scheint Amerika zu weiteren Konzessionen geneigt.

Kopenhagen, 5. April. Der König hat das Gesetz betr. die Leichenverbrennung sanktionirt.

Madrid, 5. April. Gestern sollte hier ein Dynamit-Attentat gegen die Deputirtenkammer ausgeführt werden. Mehrere Polizisten beobachteten vor dem Eingang der Deputirtenkammer zwei Individuen, welche den Augenblick abwarteten, bis der Präsident in die Kammer hineinging. Nach einigem Zögern betraten dieselben, jeder ein kleines Packet in Form einer Flasche tragend, das Gebäude. In demselben Augenblick warfen sich die Polizisten auf die beiden und legten ihnen starke Fesseln an. Die Verhafteten nannten sich Devac und Ferreira, ersterer gab an Franzose, letzterer Portugiese zu sein. Bei den Verhafteten fand sich ein Schriftstück mit der Aufschrift „Reglement für Arbeiten der kosmopolitischen Gesellschaft" vor, in welchem angegeben wird, in welcher Weise der Reihe nach die Deputirtenkammer, der Senat, der Justizpalast, der Staatsrath, das Kriegsministerium, die Bank und das königliche Palais in die Luft gesprengt werden sollten. Das Attentat gegen letzteres sollte am Palmsonntag während der Messe ausgeführt werden. Die Verhafteten haben im Verhör ein Geständniß abgelegt. Die unter einer Treppe vorgefundenen Sprengwerkzeuge waren 15 Centimeter lang und mit Dynamit geladen. Unter den Deputirten sowie in der Bevölkerung hat die Entdeckung lebhafte Erregung hervorgerufen. Das spanische Strafgesetzbuch soll gleich dem französischen Bestimmungen erhalten, nach denen derartige Attentate unter besonders schwere Strafe gestellt werden sollen. Bei den gestern im Anarchistenklub vorgenommenen Haussuchungen wurden zahlreiche kompromittirende Schriftstücke beschlagnahmt und gegen zwölf Personen verhaftet.

Barcelona, 5. April. Hier sind vierzehn französische Anarchisten verhaftet worden und sollen ausgewiesen werden.

Oporto, 5. April. Die Polizei fand am 1. April 4 Kilo Dynamit, 14 Gewehre und 57 Revolver im Königspalast. Vier betheiligte Anarchisten wurden verhaftet. Das Verhör ergab die Absicht der Anarchisten, nach Sprengung des Königsschlosses die Regierungsgebäude und die Polizeipräfektur zu besetzen.

Athen, 5. April. Nach einer Zeitungsmeldung aus Korfu befürchten dort die Lokalbehörden während des Osterfestes neue antisemitische Tumulte.

Das Bischofsjubiläum des hl. Vaters.

Am 19. Februar 1893 vollendet sich das fünfzigste Jahr, seitdem in der uralten Kirche S. Lorenzo Panisperna zu Rom der gegenwärtige Papst Leo XIII. vom Kardinale Lambruschini zum Bischofe konsekrirt worden ist. Um diesen Jahrestag würdig zu feiern, hat sich in Rom — mit vorausgegangener Genehmigung des Heiligen Vaters — eine „Commissione Centrale Esecutiva" unter dem Vorsitze des wirklichen päpstlichen Geheimkämmerers Msgr. Rabini-Tedeschi gebildet. Diese Kommission hat es sich zunächst zur Aufgabe gemacht, die Festvorbereitungen in Rom und Italien zu treffen. Was die übrige katholische Welt betrifft, so bleibt es den einzelnen Ländern überlassen, das glückliche Ereigniß auf die ihnen am zweckdienlichsten erscheinende Weise in Uebereinstimmung mit den betreffenden hochwürdigsten Oberhirten zu feiern. Da jedoch im Interesse der Sache eine gewisse Einheit in dieser katholischen Manifestation erwünscht ist, so schlägt die genannte Kommission als Hauptbestandtheile der Jubiläumsfeier vor: 1. einen außerordentlichen Peterspfennig als Stipendium für die Jubiläumsmesse des hl. Vaters. 2. Organisirung einer großartigen Pilgerfahrt nach Rom im Februar 1893. 3. In jeder Diözese oder doch in jeder Provinz die Errichtung einer Anstalt oder Stiftung für pädagogische oder wirthschaftliche Zwecke, die den Namen Leo's XIII. tragen soll. In Rom selbst soll unter diesem Namen ein katholisches Studentenpensionat und ein Patronat für Mädchen, die sich zu Lehrerinnen ausbilden wollen, errichtet werden. Außerdem soll die bis dahin fertig zu stellende St. Joachimskirche im neuen Stadtviertel Prati di Castello, die zugleich das Centrum der internationalen „sühnenden Anbetung" sein wird, als Jubiläumsgeschenk übergeben werden. Die Commissione Centrale Esecutiva hat ihren Sitz zu Rom, Via Torre Argentina 76, und gibt vom 19. Februar d. Js. bis zum 19. Februar 1893 unter dem Titel „Leone XIII." ein Organ für die auf das Jubiläum bezügliche Mittheilungen heraus.

Das Spezialprogramm für Italien ist bereits festgestellt und vom heiligen Vater genehmigt. Es ist aber kein Zweifel, daß die übrige katholische Welt alsbald ebenfalls mit den Vorbereitungen zur würdigen Begehung des Festes beginnen und damit neuerdings den Beweis des unerschütterlichen und sich immer mehr festigenden Solidaritätsgefühls erbringen wird.

Baden.

Karlsruhe, 5. April. Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, dem bisherigen Hauptlehrer beim Landesgefängniß Mannheim, Volksschulhauptlehrer Friedrich Seelig in Mannheim, das Verdienstkreuz vom Zähringer Löwen zu verleihen, ferner haben Seine Königliche Hoheit der Großherzog gnädigst geruht, den Oberrechner Anton Thoma in Hornberg zum Oberrechner und Domänenverwalter in Müllheim zu ernennen und den Postsekretär Peter Drendhahn von Ludwigshafen unter Vorbehalt seiner Staatsangehörigkeit zum Oberpostdirektionssekretär bei der Oberpostdirektion Konstanz zu ernennen.

Karlsruhe, 5. April. Im „Staatsanzeiger" für das Großherzogthum Baden Nr. 8 vom Heutigen theilt das großherzogliche Ministerium des Innern die Bestellung der Schiedsgerichte in Unfallversicherungssachen mit.

* **Karlsruhe,** 4. April. In welch' trefflicher Weise unsere Centrumsabgeordneten sowohl die Interessen Badens als auch die allgemeinen des deutschen Reiches im Reichstage zu vertreten und zu wahren wissen, dafür liefert die in unserer Sonntagsnummer 76 II. Blatt abgedruckte Rede des Herrn Oberstiftungsraths Hug einen glänzenden Beweis. Es handelte sich bei der betreffenden Reichstagsverhandlung um die neu zu erbauenden strategischen Eisenbahnen, unter denen für Baden die Strecke Hagenau-Röschwoog ganz besondere Bedeutung hat. Durch dieselbe werden keine Vortheile für den badischen Handel, für die badische Industrie oder Landwirthschaft erzielt, sondern es wird nur eine Konkurrenzbahn geschaffen, welche sich selbst nicht rentiren, nur die Erträgnisse anderer badischen Bahnen herunterdrücken kann, und deren einziger Zweck die Sicherung des Reiches im Allgemeinen ist. Diese Gesichtspunkte mußte der badische Centrumsredner in lichtvoller Weise hervorheben, wobei er auch die badischen Eisenbahnfinanzen näher erläuterte. Natürlich trat er in überzeugendster Weise für die Wahrung der badischen Interessen ein, aber aber dabei diejenigen des deutschen Reiches aus dem Auge zu verlieren. Stets, so betonte er ausdrücklich, habe Baden für die großen Aufgaben des deutschen Vaterlandes Opferwilligkeit an den Tag gelegt und werde das auch in Zukunft thun. Darum möge aber auch das deutsche Reich die finanzielle Schädigung berücksichtigen, welche Baden durch die Betriebserhaltung dieser strategischen Bahnen erleide, und den Kostenantheil, welchen Baden zu tragen habe, darnach bemessen. Die ausgezeichnete Rede ist nicht nur im Reichstage günstig aufgenommen worden, sondern sie hat besonders in Baden bei den Politikern der verschiedensten Parteien den besten Eindruck gemacht und es ist nicht zu zweifeln, daß sie von Erfolg begleitet und Billigkeit und Schonung, für welche Hug bei den Verhandlungen zwischen Baden und dem Reiche plädirte, erzielen wird. Baden und besonders die Centrumspartei kann sich beglückwünschen, daß es solche Vertreter im deutschen Reichstage besitzt.

* **Karlsruhe,** 6. März. Die Kammerverhandlungen über das Volksschulgesetz boten bisher schon viel des Interessanten, das einer eingehenderen Besprechung in der That werth wäre. Für heute wollen wir jedoch nur auf eine Aeußerung des Abg. Kreisschulraths Strübe zurückkommen, der als Fachmann bei diesem Berathungsgegenstand häufig zum Sprechen Veranlassung bekommt. Wiederholt legte dieser Herr Verwahrung dagegen ein, daß einzelne Abgeordnete zu befürchten wagten, das Institut des „ersten Lehrers" könne den Lehrern zur Streberei und zum Denunciantenthum Veranlassung geben. So niedrigen Charakters seien die Lehrer nicht, daß man sie für so etwas fähig halten könne, meint Strübe. Nun that er aber gestern eine Aeußerung, die geeignet ist, nicht auf den Charakter der Lehrer, sondern nach einer andern Seite hin ein schiefes Licht zu werfen; er sagte nämlich, wenn die obere Schulbehörde einem entlassenen, aber seiner Eigenschaft als „erster Lehrer" entkleideten Lehrer die wirklichen Gründe für seine Entlassung nicht sagen wolle, so finde sie schon andere (dienstliche) Gründe, die sie ihm mittheilen könne. Ein laut vernehmbares Oho folgte auf der linken Seite des Hauses diesen Worten. Auffallender Weise kam keiner der folgenden Redner auf diese merkwürdige Aeußerung zurück, die ganz gewiß verdient, etwas tiefer gehängt zu werden, obgleich wir nicht annehmen, daß die Oberschulbehörde das Recept ihres Heidelberger Kreisschulrathes anwenden will.

* **Karlsruhe,** 6. April. Herr Kiefer hat in der Sitzung vom 4. d. M. wieder einmal den Mund recht voll genommen und in dem feinen Tone, welchen er so angelegentlich einzuführen sucht, nicht allein die Worte „**niederträchtig**" und „**dumm**" gebraucht, sondern auch die Behauptung des Herrn Pfarrer Gerber, in einer nationalliberalen Versammlung sei früher behauptet worden, die Lehrer sollten in ihren Gehaltsverhältnissen besser gestellt werden, damit sie für die „Nationalliberalen agitiren," als Lüge bezeichnet. Man ist ja gewohnt, daß Herr Kiefer an einem schlechten Gedächtniß leidet, und es ist ihm dies so mehr als ein Mal aus dem stenographischen Wortlaut seiner eigenen Reden oder aus sonstigen unwiderleglichen Quellen auf's Schlagendste nachgewiesen worden. Heute können wir diese Sammlung um ein weiteres Beispiel vermehren und zwar führen wir als Zeugen — die „Bad. Ldztg." an, welche Herr Kiefer gewiß nicht desavouiren wird. Dieses Blatt also berichtete in den ersten Tagen des März 1890 von einer Versammlung liberaler Wähler, welche am Freitag, den 28. Februar 1890, also unmittelbar nach der großen Reichstagswahlniederlage bei Schrempp stattgefunden und in welcher Herr Kiefer in einer Darstellung der Lage sich folgendermaßen ausdrückte. (Wir citiren wörtlich die „Bad. Ldztg."): „Es gelte daher hauptsächlich, ein freies unabhängiges Bürgerthum zu erhalten, dann aber auch das Volk über die wahren Bestrebungen der Ultramontanen, die sie bei den Wahlen wohlweislich verschweigen, aufzuklären, die Klassengegensätze durch gegenseitigen Verkehr zu mildern. Das Volk müsse zu wahrer Religiosität und Toleranz erzogen und durch liberale Anschauungen vor den fanatischen, verfinsternden und verdummenden Bestrebungen des Ultramontanismus bewahrt werden. Diese letztere Aufgabe falle auf dem Lande aber hauptsächlich dem Lehrer zu, der seine jetzige unabhängige Stellung dem Liberalismus verdanke und auch stets der Sympathie der liberalen Abgeordneten gewiß sein kann. Es sei aber auch deßhalb für die liberale Partei eine Pflicht, die Lehrer finanziell so zu stellen, daß sie mit Liebe und Zufriedenheit ihre hohe Aufgabe erfüllen." Das hat laut „Bad. Ldztg." Herr Kiefer öffentlich zu erklären gewagt. Weiß davon Herr Kiefer nichts mehr und bei wem ist also der Ausdruck „Lüge" zutreffend, bei Herrn Gerber oder bei Herrn Kiefer?

.*. **Bruchsal,** 5. April. Am 16. Mai geht von hier aus der erste Pilgerzug nach Maria-Einsiedeln und wird voraussichtlich der Zug an allen größeren Stationen zwischen hier und Offenburg halten. Das Billet sammt Programm, Porto u. s. w. kostet von: Bruchsal aus M. 14.80, Untergrombach M. 14.60, Weingarten 14.50, Durlach 14.20, Karlsruhe 14.10, Ettlingen 13.80, Malsch 13.50, Muggensturm 13.40, Rastatt 13.20, Oos 13.20, Sinzheim 12.80, Steinbach 12.70, Bühl 12.60, Otterswoier 12.50, Achern 12.30, Renchen 12.—, Appenweier 11.80, Offenburg 11.30. Anmeldungen sind in kürzester Frist an Friedrich Biedermann in Bruchsal nebst portofreier Einsendung des für die betreffende Station zu zahlenden Betrages einzusenden.

Badischer Landtag.

⊕ **Karlsruhe,** 5. April.

58. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. (Schluß.)

Abg. Lohr bemerkt, daß die Knaben nur zum Viehhüten verwendet würden, zu einer Arbeit, wozu sich Erwachsene nicht hergeben.

Abg. Kiefer stimmt den Ausführungen Dreesbach's bei. Wacker erstrebe eine partielle Aufhebung des Schulzwanges.

Abg. Marbe: Es sei unrichtig, daß man einer partiellen Aufhebung des Schulzwanges das Wort rede, wenn man für Weglassung dieses Zusatzes sei. Dann hätte auch die Regierung bisher gegen den Schulzwang gehandelt, indem sie nicht verlangte, daß auswärtige Kinder nach dem badischen Schulgesetz behandelt würden. Weiter als die Heimathländer dieser Kinder brauchten wir nicht zu gehen. Wenn Kinder ohne jede Schulbildung sich mehrere Jahre vorübergehend bei uns aufhielten, könnte man sie schon zum Schulbesuch anhalten, obgleich nicht viel dabei herauskomme, denn die Kinder wechselten zu viel. Auch dürfe man nicht glauben, daß die Heimathgemeinden für diese Kinder gar nichts thäten, im Gegentheil könne man bemerken, daß Geistliche und Eltern bei der Verdingung dieser Kinder große Sorgfalt zeigten.

Abg. Rüdt tritt den Abgg. Lohr und Wacker entgegen.

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters wird Artikel 1 genehmigt.

Zum § 2 geht vom Centrum ein Antrag ein, nach welchem die Schulpflicht an Ostern desjenigen Jahres beginnen soll, in welchem das Kind bis zum 30. Juni das 6. Lebensjahr erreicht. Ferner sollen auf Verlangen der Eltern die Mädchen mit 13 Jahren aus der Schule entlassen werden.

Abg. Hennig begründet diesen Antrag. Bezüglich der Schulentlassung seien schon viele Aenderungen vorgenommen worden, nach der neuesten Aenderung kämen ja schon ¾ der Mädchen mit 7 Jahren aus der Schule, deßhalb solle man sie alle mit 7 Jahren entlassen. In der Regel seien die Mädchen mit 13 Jahren in den Schulkenntnissen weiter als die Knaben, dazu komme noch die frühere körperliche Entwicklung der Mädchen, was nicht geringe sittliche Gefahren ꝛc. mit sich bringe.

Abg. Strübe: Die bisherigen Bestimmungen hätten in der That der Schulverwaltung außerordentliche Schwierigkeiten bereitet. Zahllose Gesuche um Dispens, seien eingelaufen von Knaben, die in der Zeit vom 23. April bis 23. Juni und von Mädchen, die in der Zeit vom 1. November bis 31. Dezember geboren seien. Dem helfe der Kommissionsvorschlag ab. Dem Antrag Hennig könne er jedoch nicht zustimmen, die angeführten Gründe seien nicht schwerwiegend genug.

Oberschulrathsdirektor Joos erklärt sich mit dem Kommissionsbeschluß Namens der Regierung einverstanden und spricht sich ebenfalls gegen den Antrag Hennig aus.

Abg. Wacker glaubt, daß sich der Abg. Strübe sehr täusche, wenn er annehme, der Kommissionsantrag schaffe Klarheit und Ruhe. Bisher scheine eine einheitliche Praxis in der Ertheilung der Dispensationen nicht geübt worden zu sein. Gesuche um Entlassung kämen nach wie vor. Ruhe und Klarheit schaffe nur die bestimmte Festsetzung von 7 oder 8 Schuljahren. All' die von Strübe angeführten Schwierigkeiten sprächen für den Antrag Hennig, der auch ihm (Redner) zweckmäßiger erscheine als der Kommissionsvorschlag. Die von dem Abg. Hennig hervorgehobenen 2 Gesichtspunkte seien sehr richtig, insbesondere der 2., betreffend die frühere körperliche Reife der Mädchen. Ein Vergleich in dieser Beziehung mit den höheren Töchterschulen gehe nicht an, da dort nur Mädchen seien und meistens Lehrerinnen unterrichten. Er glaube, daß die Gründe, die für den Antrag Hennig sprechen, schwerwiegender seien, als etwaige Gegengründe.

Der Berichterstatter Wengold vertheidigt den Kommissionsantrag.

Abg. Löffler hat den Antrag Hennig zwar nicht unterzeichnet, wird demselben aber doch zustimmen. Er hätte gewünscht, daß die Schulpflicht, wie auch die Militärpflicht mit dem Kalenderjahre beginnen resp. abschließen würde. Unter sechs Jahren sollten keine Kinder in die Schule geschickt, wenigstens dazu nicht gezwungen werden können. Man solle doch auch an den Schwarzwald denken, wo die Kinder oft weite Wege in die Schule machen müssen. Wenn Kinder dabei bis zu ihrer Schulentlassung 15 Jahre alt würden, so hätte er dagegen nichts. Er hätte also gewünscht, daß der Schulzwang erst nach zurückgelegtem 6. Lebensjahre erfolge.

Abg. Gerber: In der achtjährigen Schulpflicht der Mädchen liege eine große Härte, die sich namentlich auf dem Lande bemerkbar mache. Da ja doch mehr als die Hälfte der Mädchen nur 7 Jahre die Schule besuchen, begreife er nicht, warum man nicht auch die andere Hälfte mit 7 Jahren entlasse. Eltern die ihre Mädchen 8 Jahre in die Schule schicken wollten, könnten dies ja thun. Alles was von den Vertheidigern des Kommissionsantrages vorgetragen worden, spreche auch für den Antrag Hennig. Bei unseren Frauen finde man keinen Unterschied zwischen denen die nur 7 und denen die 8 Jahre die Schule besuchten. Außer der Schule bilde auch das Leben. Für Eltern, die eine höhere Bildung ihrer Mädchen erstreben, existiren ja eine Masse anderer Schulen.

Abg. Hennig spricht nochmals für seinen Antrag.

Es liegen von den Freisinnigen auch zwei Anträge vor, von denen der erste verlangt, daß schwächlichen sechsjährigen Kindern, hinsichtlich der Schulpflicht Nachsicht zu ertheilen ist; der zweite Antrag ergänzt den ersten dahin, daß diese Nachsicht bei schwächlichen Kindern stets eintreten habe, wenn dieselben noch nicht 6 Jahre alt sind.

Abg. Muser begründet diese Anträge und bemerkt, daß seine Fraktion gegen den Antrag Hennig stimmen wird.

Abg. Strübe ist für die Fassung des Kommissionsantrags, wonach Nachsicht ertheilt werden „kann", da sonst ein Mißbrauch mit dieser Nachsicht stattfinden könne.

Abg. Wacker schlägt einen Mittelweg zwischen den beiden Ansichten in der Weise vor, man möge in Form einer Resolution in das Kammerprotokoll aufnehmen, daß es Ansicht des hohen Hauses sei, es sei Nachsicht hinsichtlich des Beginns der Schulpflicht zu gewähren, wenn hinreichende Gründe vorgebracht würden.

Oberschulrathsdirektor Joos hält die Anträge Muser für bedeutungslos; denn es seien noch gar keine Beschwerden in dieser Hinsicht vorgekommen. Mit dem Vorschlag Wacker könne er sich, wenn der Kommissionsantrag nicht angenommen werden wolle, einverstanden erklären.

Abg. Birkenmayer tritt den Anträgen Muser bei. Es handle sich hier um eine diskretionäre Gewalt der Regierung und er wolle bestimmte gesetzliche Vorschriften, das sei ihm maßgebend. Die Wirkungen seien ja zweifellos unbedeutend, aber es handle sich auch, namentlich im 2. Antrag um ein elterliches Recht, die sicher die kompetenteste Behörde seien, in der Beurtheilung über den körperlichen Zustand der Kinder.

Abg. Hennig hält in Rücksicht auf die Bewohner von Gebirgsgegenden den Antrag Muser für sehr wichtig und bittet deßhalb um Annahme desselben.

Oberschulrathsdirektor Joos bemerkt, daß wegen des Schulbesuches bei schlechtem Wetter schon gesetzlich Vorsorge getroffen, indem die Kinder an solchen Tagen vom Schulbesuch befreit seien.

Abg. Dreesbach stimmt für den ersten Antrag Muser, aber gegen den zweiten, weil dadurch in der That das 8. Schuljahr aus der Welt geschafft würde, weil dann ein Kind mit 7 Jahren in die Schule käme und doch mit 14 Jahren entlassen würde.

Abg. Wenzgoldt ist aus denselben Gründen gegen die Anträge Muser.

Abg. Benedey ist für die Anträge.

Abg. Wacker: Ihm beweise die Debatte über diese Anträge, daß es zweckmäßigster sei, wenn gesetzlich gesagt würde so und so viel Schuljahre.

Abg. Fieser ist für den ersten und gegen den zweiten Antrag Muser.

Abg. Muser zieht darauf den zweiten Antrag zurück.

Der erste Antrag Muser wird dann angenommen.

Der Antrag Hennig wird abgelehnt.

Darauf wird der gesammte § 2 angenommen, ebenso § 3.

Oberschulrathsdirektor Joos bemerkt, daß die Regierung mit dem Abänderungsvorschlag des § 7 nicht einverstanden ist, da sie der Gemeindeordnung widerspreche.

Abg. Straub entgegnet, daß die Kommission der Gemeindeordnung mit diesem Vorschlag einverstanden sei.

Abg. Wacker macht bei § 15, der die Errichtung von Lehrstellen betrifft, auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die sich dabei herausstellen, da sowohl die Interessen der Lehrer wie der Gemeinde in Frage kommen und beide berücksichtigt werden sollten. Es komme vor, daß in den Gemeinden bei Errichtung von Hauptlehrerstellen nicht einmal eine entsprechende Wohnung gefunden werden könne; abgesehen davon, daß die

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Unterlehrer in der Regel in ihren Leistungen mit den älteren Lehrern konkurriren können. Gerade in Gemeinden mit fluktuirender Bevölkerung, die gewöhnlich am wenigsten Steuern zahle, mache sich die Anstellung weiterer Lehrer nothwendig. Eine einheitliche, Gemeinde und Lehrer gleich befriedigende Regelung könne wohl nicht gefunden werden, er glaube nur, man solle der Verwaltung einigen Spielraum lassen, damit sie, wo sie es für nöthig und angemessen erachte, Nachsicht üben könne.

Abg. Strübe ist damit ebenfalls einverstanden.

Oberschulrathsdirektor Joos glaubt ein Abgehen von der gesetzlichen Leistung habe eine gewisse Bestürmung von Seiten der einzelnen Gemeinden zur Folge, denn jede, die betroffen würde, würde aber darnach streben, sich die neuen Lasten vom Hals zu halten.

Zu § 17 bringt Abg. Hennig u. Gen. den Antrag ein, in Gemeinden mit mehr als 2 Hauptlehrern solle der dienstälteste Lehrer der an Schülerzahl reichsten Konfession das Ehrenamt des ersten Lehrers begleiten.

Abg. Hennig begründet diesen Antrag und weist auf die vielen Beschwerden und mancherlei Unzufriedenheiten hin, die zweifellos im anderen Falle herbeigeführt würden. Die Aufgaben des sogenannten ersten Hauptlehrers könne jeder Lehrer versehen, der noch aktiv im Dienst stehe. Werde der älteste Lehrer umgangen, so sei dies eine Schädigung seiner Autorität und seines Ansehens. Da müsse Gleichheit bestehen, wenn keine Unzuträglichkeiten entstehen sollten. Auch sei ja nicht ausgeschlossen, daß andernfalls eben manche Lehrer in ein Streberthum verfielen, ferner sei zu bedenken, daß für diese Aemter auch eine Summe von Seiten des Staates ausgeworfen würde und diese sollte doch eher den alten Lehrern zukommen.

Abg. Fieser glaubt, daß der Antrag Hennig eigentlich schon im Kommissionsantrag enthalten sei, worin gesagt werde, das Amt des sogenannten ersten Lehrers möge thunlichst dem dienstältesten Lehrer übertragen werden.

Abg. Heimburger begründet einen von ihm und seinen Parteifreunden eingebrachten Antrag, wonach der erste Hauptlehrer nur aus dienstlichen Gründen, die ihm mitzutheilen sind, seines Amtes als erster Lehrer enthoben werden kann, da es vorkommen könne, daß auch aus politischen und anderen Gründen ein solcher Lehrer nach oben hin etwa unbeliebt werde.

Abg. Kiefer hält die gestellten Anträge für unnöthig, denn es sei ja selbstverständlich, daß die Schulbehörde, wenn es irgendwie angehe, dem ältesten der zahlreichst vertretenen Konfession angehörenden Lehrer dieses Ehrenamt übertrage. Deshalb empfehle er den Kommissionsantrag.

Abg. Wacker hält den Inhalt dieses Paragraphen für eine der wichtigsten Fragen, die wir in diesem Gesetzentwurf zu behandeln haben, denn er könne sich der Sorge nicht erwehren, daß die Regierung den heute geäußerten Wünschen, selbst wenn sie in's Protokoll aufgenommen würden, auch in der Praxis nicht berücksichtigen werde. Der Paragraph enthalte drei wichtige Gesichtspunkte. Zunächst müsse und solle das Dienstalter als Norm gelten, darnach sollten die materiellen und anderen Vortheile auch ausgetheilt und zugewendet werden. Sehr wichtig für die Interessen der Schule sei auch das Verhältniß der Lehrer mit der Bürgerschaft. Der Abg. Fieser habe das Vertrauen zu der Gerechtigkeitsliebe der obersten Schulbehörde so sehr betont, allein Gesetze für längere Jahre dürften wir nicht im Vertrauen zu irgend einer Behörde machen. Selbst wenn die Oberschulbehörde fest entschlossen sei, überall das Richtige zu treffen, so sei das bei der großen Zahl unserer Gemeinden gewiß nicht immer möglich, da sie eben nach den Berichten der unteren Organe ihre Entscheidungen zu treffen habe. Weiter spielten auch die Familienverhältnisse der Lehrer eine Rolle und auch die Wohnungen kämen dabei in Frage, denn selbstverständlich würde der „sog. erste Lehrer" die bessere Wohnung erhalten. Abg. Kiefer habe so Manches als selbstverständlich bezeichnet. Die Erfahrung lehre aber, daß bei der Schulbehörde wie auch bei anderen Behörden eben so Manches nicht als selbstverständlich behandelt wurde. Redner erzählt einen Fall, in dem entgegen dem Gesetz, das vorschreibe, der Hauptlehrer solle der Konfession angehören, die am meisten Schüler habe, eine Lehrerstelle mit einem protestantischen Lehrer besetzt wurde, obgleich mehr katholische Schüler vorhanden waren. Hier sei also das Gegentheil vom „Selbstverständlichen" als selbstverständlich behandelt worden. Deßhalb sei es eben nöthig, daß man nicht allzuviel der „Selbstverständlichkeit" überlasse, sondern womöglich, wo immer es gehe, gesetzliche Normen schaffe. Aus diesem Grunde müsse er sehr bedauern, wenn der Antrag Hennig die Zustimmung nicht erhalten sollte.

Oberschulrathsdirektor Joos bemerkt, die Oberschulbehörde könne nie dankbar sein, wenn sie ihre Verantwortung auf eine gesetzliche Bestimmung abwälzen könne. Der Antrag Hennig schaffe jedoch eine solche Erleichterung nicht. Auf die Konfessionszusammensetzung der Gemeinden habe die Schulbehörde jeder Zeit gebührende Berücksichtigung genommen. Materiell ändere der Antrag Hennig nichts. Gegen den Antrag Heimburger habe er schließlich nichts einzuwenden.

Abg. Kirchenbauer will ebenfalls, daß das Dienstalter bei Ernennung zum ersten Hauptlehrer maßgebend sei, doch ist er von den Versicherungen des Regierungsvertreters beruhigt. Dem Antrag Heimburger stimme er bei, nur sollten die Entlassungsgründe auf Antrag mitgetheilt werden.

Abg. Muser schließt sich den Ausführungen Kirchenbauer's an und spricht dann für den Antrag Heimburger. Nachdem Minister Eisenlohr erklärt habe, seine Beamten hätten bei Wahlen zu Gunsten einer gewissen Partei thätig zu sein, sei es ein Gebot der Nothwendigkeit, gesetzlich zu bestimmen, daß der erste Hauptlehrer nur aus dienstlichen Gründen als erster Lehrer abgesetzt werden kann. Sei es doch immerhin möglich, daß auch ein anderes Ministerium eine ähnliche Praxis einführe, wenn sich ein Lehrer einmal erlaube, sich auf Seite einer Oppositionspartei zu stellen.

Abg. Venedey stellt und begründet den Antrag, es sollte bei Anstellung des ersten Lehrers „thunlichst" auf den dienstältesten Lehrer Rücksicht genommen werden.

Abg. Klein-Weinheim glaubt, man solle den „ersten Lehrern" eine angemessene Vergütung für ihre ziemlich umfangreichen Geschäfte gewähren. Im Uebrigen stimme er für den Kommissionsantrag.

Abg. Strübe weist nochmals auf die hohe Bedeutung des Instituts der ersten Lehrer hin, deshalb gehöre nicht gerade der dienstälteste, sondern der tüchtigste Lehrer mit diesem Amt betraut. Auch den Antrag Heimburger halte er für nicht sehr bedeutungsvoll, denn in den meisten Fällen lägen die Gründe der Ablegung offen da und wenn dies nicht der Fall sei und die Regierung die wirklichen Gründe nicht sagen wolle, finde sie schon andere Gründe, die sie mittheilen könne. (Oho!) Zum Schluß kommt er auf die vom Abg. Wacker besprochene Besetzung einer Lehrerstelle in einer gemischten Gemeinde seines Bezirks zu sprechen, wobei die Protestanten bevorzugt worden sein sollen. Wacker meine jedenfalls Mönchzell, dort seien allerdings einige katholische Schüler mehr. Man habe jedoch darauf Rücksicht genommen, daß der auswärts wohnende protestantische Geistliche beim Lehrer jeweils absteige und sich umkleide und habe deshalb auf Wunsch und im Interesse des Friedens der Gemeinde einstweilen einen protestantischen Lehrer hingesetzt. Jetzt sei jedoch die Stelle ausgeschrieben.

Abg. Kiefer wird jetzt für den Antrag Heimburger-Muser stimmen; er halte nämlich die Verwaltung der Schulbehörde für idealer gehalten und nicht angenommen, daß die Behörde einen Lehrer seines Dienstes enthebe, ohne ihm die Gründe dafür anzugeben. Nach der Erklärung des Oberschulrathsdirektors sei dies aber doch der Fall und nun halte er die Anträge Muser-Heimburger allerdings für sehr zweckmäßig, ja nothwendig und werde dafür stimmen.

Abg. Gerber: Der Antrag Hennig bezwecke die Beseitigung einer diskretionären Gewalt der Schulbehörde und er sehe nicht ein, warum da in anderen Hinsichten gegen derartige diskretionäre Gewalten vorgegangen werde, hier dies nicht geschehen soll. Die jetzige Oberschulbehörde genieße zwar allseitiges Vertrauen, allein das Gesetz solle länger bestehen, als die jetzigen Vertreter der Behörde im Amte seien. Er habe die Ueberzeugung, daß auch die Lehrer selbst damit einverstanden seien, wenn regelmäßig der dienstälteste Lehrer „erster Lehrer" würde. Das Amt eines solchen sei nicht so sehr schwierig, wie man vielleicht annehme. Der Hauptgrund sei aber der, daß die Stelle des ersten Hauptlehrers vielleicht auch einmal eine politische Bedeutung erhalte. Der Abg. Kirchenbauer bekümmere sich um die Konfession allerdings nicht, das sei aber auch leicht begreiflich, denn wenn eine Konfession benachtheiligt werde, so sei es stets die katholische Konfession gewesen. Der Titel „erster Lehrer" sei übrigens ein sehr ungeschickter, wie überhaupt die Regierung in neuerer Zeit ziemlich unglücklich in der Auswahl von Titel. Eine Bezahlung solle es eigentlich für dieses Ehrenamt nicht geben. Da aber eine solche vorgesehen sei, solle man sie auch ordnungsgemäß ausführen. Der Antrag gehe zwar nicht durch, aber die Lehrer und das Volk sollten doch wissen, wie das Centrum über die Lehrer denke.

Abg. Wacker erzählt in Erwiderung auf die Rede Strübe's nochmals ausführlich den Fall von Mönchzell im Kreisschulbezirk Heidelberg. Dort mußte, weil ein evangelischer Schüler mehr vorhanden war, der kathol. Lehrer gegen seinen Willen weichen, während nachher, als die Stelle wieder besetzt werden mußte, wiederum ein evangelischer Lehrer angestellt wurde, obgleich nun neun kathol. Kinder mehr vorhanden waren. Neu und sehr interessant sei der vom Abg. Strübe angeführte Grund, man habe Rücksicht darauf genommen, daß der evangelische Geistliche beim Lehrer absteige und sich umkleide. Wenn man mit solchen Gründen eine gesetzliche Bestimmung durchbreche, dann sei es sehr bedenklich; lieber solle man es dem betr. Lehrer zur Auflage machen, daß sich der evangelische Geistliche bei ihm umkleiden dürfe, dann kann sich ersterer ja darnach richten, aber einem Gesetz dürfe man deßhalb nicht zuwider handeln. Der evangelische Geistliche könne sich auch sonstwo umkleiden, dazu stelle sogar mancher katholische Geistliche seine Wohnung zur Verfügung. Er spreche hier deßhalb die bestimmte Erwartung aus, daß die Schulbehörde die Lehrerstelle in Mönchzell gerade so wie sonst den gesetzlichen Bestimmungen gemäß besetze, d. h. nach Maßgabe der Mehrheit der vorhandenen katholischen oder protestantischen Schüler; seien die Katholiken in der Minderheit, dann hätten sie keinen Grund, sich zu beschweren, wenn ein evangelischer Lehrer hingesetzt werde, seien sie aber in der Mehrheit, dann müßte man sie dementsprechend berücksichtigen. Abg. Strübe habe ferner mit einer unverkennbar auf das Centrum gerichteten Spitze im Namen der badischen Lehrer Protest dagegen eingelegt, daß gesagt wurde, die Besetzung der „ersten Lehrerstelle" könne bei manchem Lehrer Veranlassung geben zum Denunciren und zur Streberei. Strübe sei wohl Kreisschulrath, aber er habe dennoch kein Recht und keinen Auftrag, im Namen der badischen Lehrer zu protestiren. Die Lehrer seien Menschen wie andere auch und jedenfalls mit denselben Fehlern und Schwächen behaftet, das sollte Strübe als langjähriger Kreisschulrath auch wissen. Es liege deßhalb nur im Interesse der Lehrer, wenn man jeder Möglichkeit in solche menschliche Schwächen zu verfallen vorbeuge.

Abg. Fieser gibt zu, daß bezüglich der Besetzung der Lehrerstelle in Mönchzell nicht streng gesetzlich verfahren worden sei. Das dürfe nicht mehr vorkommen. Den gesetzlichen Vorschriften namentlich hinsichtlich der Konfessionalität der Lehrer müsse genau entsprochen werden, schon im Interesse des Friedens in den Gemeinden.

Das Haus schreitet hierauf zur Abstimmung.

Der Antrag Hennig wird abgelehnt, darauf die Anträge Muser und Venedey, sowie der ganze Paragraph angenommen.

Schluß der Sitzung 2½ Uhr.

⊕ Karlsruhe, 6. April.

59. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Präsident Lamey eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr. Am Ministertisch: Nokk und die Regierungskommissäre Joos und Becherer.

Haus und Tribünen gut besetzt.

Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung des Schulgesetzentwurfes.

Zur Verhandlung steht § 18, den die Kommission unverändert zu genehmigen beantragt. Er lautet: „Lehrerinnen können an Volksschulen mit mindestens drei Lehrerstellen verwendet werden. Ihre Verwendung beschränkt sich der Regel nach auf Klassen der vier ersten Schuljahre, in denen blos Mädchen oder auch Knaben und Mädchen zusammen zu unterrichten sind."

Die Kommission macht zu diesem Paragraphen die Bemerkung, daß sie die 10 % weiblicher Lehrkräfte nicht beanstandet habe, weil die durch § 45 a der Novelle vom 1. April 1880 erlaubte Grenze von 5—6 % schon bisher aus Mangel an Lehrern überschritten werden mußte. Die Kommission spricht den Wunsch aus, daß die Oberschulbehörde zur vollen Verwendung der 10 % nur im Nothfalle schreiten möge.

Oberschulrath Joos widerspricht einer irrthümlichen Auffassung der Kommission, daß die Mehranstellung der Lehrerinnen aus Mangel an Lehrern erfolgt sei. Die Regierung habe vielmehr den Wünschen der Gemeinden Rechnung getragen und Lehrerinnen angestellt, soweit es sich eben zweckmäßig erwies. Die Fixirung eines bestimmten Prozentsatzes sei überflüssig und könne die Regierung dem Kommissionsbeschluß deßhalb nicht zustimmen.

Abg. Schlusser ist gleichfalls nicht einverstanden mit der Bemerkung der Kommission, die auch im Widerspruch stehe mit den früheren Beschlüssen des Hauses bei Gelegenheit der Berathung über die Frauenfrage.

Abg. Strübe rügt das Drängen der Lehrerinnen, womöglich in größeren Städten angestellt zu werden. Das sei ein Mißstand. Die Lehrerinnen dürften die Interessen der Lehrer nicht beeinträchtigen.

Abg. Heimburger erklärt gleichfalls, dem bezüglichen Kommissionsbeschluß nicht zustimmen zu können.

Darauf wird § 18 angenommen.

Regierungskommissär Joos bespricht das Verhalten der großh. Oberschulbehörde zu den einzelnen Konfessionen und die Ertheilung des Religionsunterrichts durch Lehrer. In ersterer Beziehung behandle die Schulbehörde alle Konfessionen gleichmäßig, von einer besonderen Konivenz einer bestimmten Konfession gegenüber könne nicht die Rede sein.

Abg. Gönner sucht nachzuweisen, daß die Oberschulbehörde der katholischen Kirche gegenüber sehr entgegenkommend sei, der Stadt Baden gegenüber übe die Schulbehörde keine größere Konivenz, als anderen Städten.

Abg. Wacker bemerkt, er habe dem Abgeordneten Kiefer gegenüber nicht von einer prinzipiellen Veränderung im Schulwesen, sondern nur von einer veränderten Strömung in der Verwaltung gesprochen. Selbst wenn ersteres der Fall wäre, würde er schon aus Gründen der Klugheit nicht davon gesprochen haben, da eine prinzipielle Veränderung ihm ja nur angenehm sein könne. Wenn eine möglichst große Konivenz geübt werde, so sei das allgemein zu begrüßen. Auf dem Gebiete der Schule dürfe nicht Kampf, sondern es müsse Friede herrschen, das sei unsere Ansicht und er speciell habe diesen Gesichtspunkt stets im Auge behalten und geübt. Das werde jeder Lehrer, der neben ihm wirkte, bezeugen, selbst wenn es sein politischer Gegner sei. Wir hätten aber auch Recht darauf, von der Regierung eine wohlwollende Auslegung und Anwendung der Schulgesetzgebung zu erwarten. Wenn die Regierung so handle, fördere sie gleichzeitig auch die Interessen der Schulen.

Abg. Gerber: Seine gestrige Aeußerung betreffend das Verhalten der Schulbehörde der katholischen Kirche gegenüber habe nur einen speciellen Fall und nicht die oberen, sondern unteren Behörden betroffen. Auch er müsse anerkennen, daß die Oberschulbehörde gegenwärtig viel milder und gerechter sei, als früher. Das beweise wiederum die Abschaffung des unerträglichen Zustandes, daß Lehrer den Kindern anderer Konfessionen Religionsunterricht ertheilen mußten, dafür danke er der Regierung.

Abg. Rödi macht darauf aufmerksam, daß sich hier in Karlsruhe eine freie Gemeinde gebildet habe, worin etwa 20 Kinder unterrichtet würden. Da die Kinder meistens arm seien, auch die Gemeinde kein Vermögen besitze, so möge ihr ein städtisches Schullokal zur Ertheilung des Unterrichtes ertheilt werden, wobei die Regierung ein dahin gehendes Gesuch an die Stadtgemeinde unterstützen möge. Das sei ein Akt der Humanität.

Oberschulrathsdirektor Joos bemerkt, die Gemeinde möge zunächst den geschäftlichen Weg beschreiten. Gegen die Einräumung eines städtischen Schullokals habe die Regierung jedenfalls nichts einzuwenden.

Zu § 20 bemerkt

Abg. Wittmer, daß er sämmtlichen Anträgen der Kommission zustimmen werde, und zwar entgegen seinem Verhalten zum Beamtengesetz, weil er hier bei dem Schulgesetz einen Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit erblicke. Wenn er also heute zustimme, so sei er damit nicht inkonsequent. Er habe bisher unter den Lehrern viele Gegner gehabt, weil er verkannt würde. Er habe allerdings bei Gewährung übertriebener Forderungen gebremst, heute stimme er jedoch, da die Forderungen gerecht und berechtigt seien, mit Freude zu.

Abg. Muser beantragt eine Aenderung des § 39, dahin gehend, daß Lehrer, welche wegen Vergehen, wodurch sie die öffentliche Achtung verloren haben, nicht mehr angestellt werden dürfen.

(Die Sitzung dauert fort.)

Lokales.

Karlsruhe, 6. April.

* **Kirchliche Vorträge.** Vor einer zahlreichen, den verschiedensten Altern und Ständen angehörenden Männerschaar eröffnete Herr Professor **Dr. Hardy** gestern Abend in der **Liebfrauenkirche** den Cyklus der angekündigten religiösen Vorträge. Der Ruf des ausgezeichneten, uns Karlsruher nicht unbekannten Redners und Gelehrten hatte aus allen Theilen der Stadt Männer und Jünglinge, Arbeiter und Beamte in großer Zahl angezogen, die alle mit gespannter Aufmerksamkeit seinen ebenso begeisterten wie geistvollen und dabei doch allgemein verständlichen Ausführungen lauschten und in ihren Erwartungen nicht nur nicht getäuscht, sondern übertroffen wurden. Der gestrige Vortrag bildete eigentlich nur die Einleitung für die folgenden, behandelte die wichtigste leider vielfach am meisten vernachlässigte Frage des Menschen, die Frage seines Seelenheils und bildete nach Form und Inhalt die beste Empfehlung. Selbstverständlich ist ein politisches Blatt nicht der Ort, über so tief religiöse Vorträge zu referiren; da heißt es einfach selbst hingehen und hören und wir haben die Ueberzeugung, wer einmal da war, kommt wieder und dann bleibt auch der geistige Effekt nicht aus. Eine kurze sakramentale Andacht mit Segen bildete den Schluß. Wir zweifeln nicht daran, daß der heutige und die folgenden Vorträge noch zahlreicher besucht werden.*)

⊕ **Passionsaufführung.** Wir machen darauf aufmerksam, daß die Mitglieder des kath. Kirchenmusikvereins die Eintrittskarten für die Passionsaufführung zu ermäßigten Preisen nur Mittwoch und Donnerstag, den 6. und 7. d. M. in der literarischen Anstalt — Herrenstraße 24 — erhalten können.

— **Concert.** Das Samstag Abend unter der Direktion Spieß stattgehabte Concert des Instrumentalvereins, das Schlußconcert für diese Saison, nahm, wie wir es bei dem Fleiße des genannten Vereines erwarteten, wieder einen recht befriedigenden Verlauf. Das Zusammenspiel ist ein in Bezug auf Feinheit und Genauigkeit immer mehr gefestetes, die Nuancirungen, überhaupt Auffassung und Wiedergabe nehmen in Folge der tüchtigen Schulung einen immer bestimmteren Charakter an und jedes Concert des Vereines kann als ein Fortschritt desselben zu bezeichnen. Als Solisten zeichneten sich Frl. Walter, eine Schülerin des Herrn Engel, aus, die auch schon in Pforzheim mit Erfolg auftrat und im Besitze schöner Stimmmittel ist. Ferner Herr Pianist Rauh und Herr Hofopernsänger Heller. Das Publikum unterließ nicht seiner Anerkennung sowohl gegenüber den Solisten als den Musikern durch lauten Beifall Ausdruck zu geben.

— **Radfahrfest.** Unter großer Theilnahme des Publikums fand am Sonntag Nachmittag in der Festhalle ein Saalradfahrturnier statt, welches vom Konsulat Karlsruhe der allgemeinen Radfahrerunion veranstaltet wurde. Die interessantesten Stücke waren, wie dem „Schwäb. Merkur" berichtet wird, diejenigen, welche der Kunstmeisterfahrer der Welt, N. E. Kaufmann aus New-York, auf dem Stay-Bicycle, dem Hochrad, Einrad und Holzrad darbot. Derselbe machte nicht nur alles das, was früher vom Meisterfahrer Maxschner gezeigt wurde, sondern noch viel mehr; er fuhr auch auf dem mit Trettkurbeln versehenen und vom Fahrrad losgelösten kleinen Hinterrad, hüpfte auf einem reifenlosen Holzrad Seil, ließ ein Halbrad (richtiges Dreiviertelsrad) seine Sprünge machen, legte sich in ein speichenloses Rad und fuhr im Saale herum, kurz, er bot noch nie dagewesene Tricks, welche den Gesetzen der Mechanik zu spotten schienen. — An diese Leistungen reihten sich eine ganze Anzahl weiterer sehr guter Nummern, so die Reigen- und Gruppenfahrten von Mitgliedern des Gostenhofer Radfahrerbundes Nürnberg und des Radfahrerklubs „Jupiter" von Steinbühl; Mannheim, welches angemeldet war, mußte wegen Unpäßlichkeit zurücktreten. Ganz besondere Freude bereiteten dem Publikum die drei Stuttgarter, Herr Braunbeck, Kunstmeisterfahrer der allgemeinen Radfahrer-Union, mit seinen zwei niedlichen Begleitern, Gebrüder Geißelmann, die sich die Gunst des Publikums im Fluge erwarben. Fanden schon die eleganten Vorführungen des Herrn Braunbeck uneingeschränkten Beifall, so mußte man geradezu staunen über die Leistungen der beiden kleinen Knaben, die nicht bloß ein außerordentliches Geschick, sondern auch eine Kraft und einen Muth entwickelten, wie diese Eigenschaften selten in diesem zarten Alter von 7 und 8 Jahren gefunden werden. Wie die früheren Veranstaltungen, so trug auch die heutige jenen durchaus feinen und ausgezeichneten Charakter, der auch das bessere Publikum an diesen Festen gerne theilnehmen läßt.

*) Recht unliebsam machte es sich auch bei dieser Gelegenheit wieder bemerkbar und wurde von vielen Seiten betont, daß die Kanzel der Liebfrauenkirche nicht am richtigen Platz steht. In verschiedenen Theilen der Kirche, namentlich hinten, wurde der Redner, obgleich er sehr laut, langsam und sehr deutlich sprach, nicht oder nur schwer verstanden. Die Kanzel steht eben, und das ist allgemeine Ansicht, zu weit vorne, sie gehört unbedingt an den ersten Pfeiler. Die Akustik ist unseres Erachtens wichtiger als äußerliche Anordnung.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 6. April. Der „Reichsanzeiger" meldet: In Folge der neuerdings vorgekommenen Eisenbahn-Unfälle, bei welchen die gerichtliche Untersuchung eine Ueberbürdung der schuldigen Beamten erwiesen hat, verfügte der Eisenbahnminister die strenge Befolgung des Erlasses vom 24. August 1891, wonach die Arbeiter bei Ueberweisung zu einer anderen Dienststelle den Nachweis über die Dauer der zuletzt geleisteten Arbeit beizubringen haben, damit sich der übernehmende Beamte von der Zulässigkeit der in Aussicht genommenen Dienstdauer überzeugen könne. Ueberdies bestimmte der Minister, daß die Stationsvorsteher, Bahnmeister, Zugführer sorgfältig darüber wachen, daß die Dienstdauer die vorgeschriebenen Grenzen nicht überschreite.

Tagesordnung für die 15. Sitzung der Ersten Kammer auf Donnerstag, den 7. April, Vormittags 10 Uhr: 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Berathung der Kommissionsberichte über die Anträge des Freiherrn v. Hornstein und Genossen: a) den Verkauf der Domänenparzellen betr. Berichterstatter Freiherr Ferd. v. Bodman; b) die Unterstützung der Gemeindefarrenhaltung durch staatliche Mittel betr. Berichterstatter Freiherr v. Hornstein.

Handel und Verkehr.

Offenburg, 2. April. (Frucht- und Marktpreise.) Weizen per 2 Ctr. 22.— Mk., Halbweizen 21. Mk., Korn 19.50 Mk., Hafer 15.25 Mk., Gerste 18.50 Mk., Welschkorn 18.75 Mk.

Freiburg, 2. April. (Fruchtpreise.) Weizen p. 2 Ctr. 23.25, 22.90, 22.75 Mk., Halbweizen 22.—, 20.82, 20.— Mk., Roggen 19.50, 19.09, 18.— Mk., Molzer —.—, —.—, —.— Mk., Gerste 16.25, 15.22, 15.— Mk., Hafer 16.—, 15.21, 14.50 Mk. Verkauft wurden: Weizen 890 Kilo, Halbweizen 387 Kilo, Roggen 1380 Kilo, Molzer — Kilo, Gerste 825 Kilo, Hafer 1491 Kilo. Summa 4956 Kilo. Erlös 868 Mk. 01 Pfg.

Frankfurt, 5. April. Nach der gestrigen sehr bemerkenswerthen Steigerung der Kurse erfuhr die Börse heute, laut „Frankf. Journal", wieder einen leichten Rückfall in ihre frühere Lustlosigkeit. Es fand, nachdem gestern ein recht starker Deckungsandrang vorwiegend der norddeutschen Spekulation befriedigt wurde, heute den sich anhäufenden Gewinnrealisationen nur eine verhältnißmäßig schwache Nachfrage gegenüber. Berlin sandte anfangs für Montanwerthe und Bankaktien schwächere Notirungen und auch Wien war matt gestimmt. In der zweiten Hälfte des offiziellen Verkehrs konnte sich jedoch wieder eine etwas festere Tendenz geltend machen und zwar gaben hierzu die festen von den Weltmärkten gemeldeten Kurse, sowie das Gerücht über die demnächst bevorstehende Aufhebung des russischen Getreideausfuhrverbots die Veranlassung. Von österreichischen Bahnen sind Lombarden fester; der letzte Wochenausweis kann als befriedigend bezeichnet werden. Schweizerbahnen behauptet; Nordost schwankend. Am Markte der ausländischen Renten standen Türkenwerthe auf Pariser Anregung hin im Vordergrunde des Interesses. Bankaktien nach schwacher Eröffnung schließlich anziehend. Montanwerthe gegen gestern etwas niedriger.

Würzburg, 5. April. Der heutige Viehmarkt war wegen der zu verrichtenden Saatgeschäfte schwach betrieben, das Geschäft gering. Die Preise blieben unverändert. Es kosteten: Ochsen 1. Sorte 1010—1140 M., 2. S. 950 bis 995 M. das Paar. Stiere 1. S. 540—600 M., 2. Sorte 460—510 M. das Paar. Kühe 1. S. 250—320 M., 2. S. 190—245 Mark das Stück. Kälber 47—50 Pfg., Hammel 45—55 Pfg., Schweine 48—51 Pfg. das Pfund Fleischgewicht. Dienstag, den 12. d. M. Schafmarkt. Donnerstag, den 21. d. M. Gespinstmarkt.

Karlsruher Standesbuchs-Auszüge.

Eheaufgebote: 4. April. Hermann Göllard von Heidelberg, Lackier hier, mit Karolina Spran, Wittwe von Bühlerthal. — 5. April. Ferd. Michel von Graßrinderfeld, Schneider hier, mit Bertha Streckfuß von Odenheim. — Wilhelm Dochat von hier, Schlosser hier, mit Auguste Brenisch von Menzingen. — Mich. Fuhrländer von Ringsheim, Schreiber hier, mit Friederike Zilkgraff von hier. — Heinrich Unmüßig von Holzhausen, Schreiber hier, mit Katharina Schle von Bollenbach. — Dr. Otto Heinichen von Dresden, Chemiker in Ludwigshafen a. Rh., mit Emma Schulin von hier.

Geburten: 2. April. Wilhelm Adolf, Vater Gustav Adolf Kraut, Installateur. — 3. April. Frieda, Vater Gottlieb Geiger, Fuhrmann. — 4. April. Frieda, Vater August Weisbrod, Fabrikarbeiter. — 5. April. Johanna Friederike, Vater Berthold Graf, Fuhrmann. — Emma, Vater Engelhard Steinbach, Maurer.

Todesfälle: 2. April. Anna, alt 24 Tage, Vater Mich. Wildemann, Kommissionär. — 3. April. Friederike Heuberger, alt 79 Jahre, Wittwe des Tünchers Josef Heuberger. — 4. April. Joh. Georg Schell, Diener, ein Ehemann, alt 48 Jahre. — Friedrich Speckle, Sattler, ein Ehemann, alt 34 Jahre. — Anna Maria Bolz, alt 78 Jahre, Wittwe des Postenführers Dietrich Bolz. — Heinrich, alt 8 Tage, Vater Hch. Schmidt, Schleifer. — 5. April. Marie Pfister, Privatiere, ledig, alt 70 Jahre.

Auswärtige Todesfälle.

Bretten: Bertha Paravicini, 19 J.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Für Schulen!

Verlag von **Ernst Kaufmann** in **Lahr:**

Kurzgefaßte **Geographie von Baden** nebst Abriß der **deutschen Geschichte** zur Uebung im Lesen verschied. Handschriften, von **Fr. Hobting. Zwölfte Auflage** Preis 45 Pf.

Dieses praktisch bewährte und empfohlene Büchlein wird in vielen Schulen mit gutem **Erfolg** benützt.

Ferner sind vorrätig:

Systematisch liniirte Übungshefte. 16 Nummern deutsch, englisch, rund, mit Vorschriften auf jeder Seite. —

Entlassungsscheine für Volks- und Fortbildungs-Schulen in mehreren Sorten. Probe-Exemplare gratis. —

Bauarbeiten-Vergebung.

Zum Neubau der Dreieichen-Kapelle zu **Badenscheuern,** Amts Baden-Baden, sollen zur Ausführung in Verding gegeben werden:

	im Anschlag zu Mark
Erdarbeit	648,72
Maurerarbeit	15680,11
Verputzarbeit	963,—
Steinhauerarbeit	12745,74
Zimmerarbeit	1105,—
Schreinerarbeit	1288,30
Schlosserarbeit	1327,60
Schmiedarbeit	190,—
Blechnerarbeit	215,80
Dachdeckerarbeit	1092,—
Pflästererarbeit	170,—

Nach Prozenten der Kostenberechnung auszudrückende Angebote, unter Anschluß von Zeugnissen über Befähigung, Leumund und Vermögen sind schriftlich, versiegelt und mit Aufschrift versehen bis spätestens

den 12. April ds. Js.,

Vormittags 10 Uhr,

bei katholischem Stiftungsrath in Baden-Baden postfrei einzureichen.

Die Pläne, Kostenberechnungen und Bedingungen sind im kathol. Pfarrhause daselbst zur Einsicht aufgelegt.

Karlsruhe, den 29. März 1892.

Erzbischöfliches Bauamt:

3.3 Williard.

Für ein kleineres täglich erscheinendes Centrumsblatt wird ein jüngerer, gewandter und selbstständiger

Redakteur,

der mit den bad. Verhältnissen vertraut ist, zum alsbaldigen Eintritt gesucht. Gefl. Offerten mit Angabe von Referenzen und Gehaltsansprüchen an die Expedition dieses Blattes unter Nr. 84 erbeten. 2.1

Kassenschränke

in nur bester Qualität bei **Wilh. Weiss,** Karlsruhe, Erbprinzenstraße 24. 87

8- bis 10,000 Mark,

auch in kleineren Posten, sind auf 1. Hypothek zu verleihen. Offerten an die Expedition ds. Bl. erbeten unter Nr. 81.

Fächer

jeder Art aus *Federn, Crêpe, Gaze, Spitzen, Atlas* etc. in reicher Auswahl bei **Friedrich Blos.** Grossh. Hoflieferant, F. Wolff & Sohn's Détail, Karlsruhe.

Neumontirungen ebenso Reparaturen werden prompt besorgt. 58.19

Die Vogelhandlung

Kaiser-Passage 44 empfiehlt: rothe und graue Kardinäle, Nymphensittiche, blaue Hüttensänger, Sonnenvögel, Sperlingspapageien, Zwergpapageien, weiß- u. schwarzköpfige Nonnen, weiße u. graue Reisfinken, Helenafasänchen, Astrildchen, Bandfinken, Muscatfinken, Kanarienhahnen u. Hennen, blaustirnige Amazonen-Papageien, gut sprechend, Tyroler Alpenstieglitze, weiße Lachtauben, Goldfische sowie alle Arten Vogelfutter. 10.7

Achtungsvollst **H. Fuchs.**

Kaiserhof.

Donnerstag, den 7. April:

Schlachtfest,

nebst Prima Export- und Lagerbier aus der Klosterbrauerei Maulbronn, wozu höflichst einladet **Franz Schmierer.**

Soeben erschien das bis zum Worte **Mallinckrodt** reichende **80. Heft** von

Wetzer und Welte's Kirchenlexikon oder Encyklopädie

der katholischen Theologie und ihrer Hülfswissenschaften. **Zweite Auflage,** in neuer Bearbeitung unter Mitwirkung vieler katholischen Gelehrten begonnen von **Joseph Cardinal Hergenröther,** fortgesetzt von **Dr. Franz Kaulen,** Professor. Mit Approbation des hochw. Herrn Erzbischofs von Freiburg.

10 Bände von 10—12 Heften à 6 Bogen gr. 8°. Lexikonformat. Subscriptionspreis pro Heft M. 1. Der 1. Band (1.—11. Heft) wird von jeder Buchhandlung zur Einsicht mitgetheilt.

Freiburg im Breisgau. **Herder'sche Verlagshandlung.**

Zu beziehen durch die **Literarische Anstalt** in **Freiburg i. B.** und deren **Agentur** in **Karlsruhe,** Herrenstraße 34.

Im Verlage von **Rudolf Barth** in **Aachen** ist soeben erschienen und durch die Unterzeichnete zu beziehen:

Der Hypnotismus.

Erscheinungen. Erklärungsversuch. Gefahren. Von **R. F. Clarke, S. J.,** Professor in Dublin. Deutsch von einem P. S. J. Preis geheftet 80 Pf.

Diese wissenschaftliche, klar geschriebene Abhandlung ist für alle Seelsorger, für Aerzte und Juristen von Bedeutung. Sehr wichtig zur Beurtheilung der Freiheit des Willens 2c.

Freiburg im Breisgau. Literarische Anstalt und deren **Agentur** in **Karlsruhe,** Herrenstraße 34.

Liebfrauenkirche.

Von **Dienstag, den 5. April, bis Palmsonntag einschließlich, jeden Abend 8¼ Uhr:**

Religiöse Vorträge

für katholische Männer aller Stände, gehalten von Herrn **Professor Dr. Hardy** aus Freiburg.

Eingang durch das rechte Seiten-Portal.

Heiligen-Statuen

aus Holz und Masse, roh und polychromirt. Anfertigung von Statuen, Stationen etc. nach jeder Zeichnung unter Zusicherung einer kunstvollen Ausführung.

Christuskörper in allen Grössen. Reichhaltiges Lager. Billige Preise. Photog. Musterbuch und Preis-Courant franko. Zahlreiche Anerkennungsschreiben über geliefeert Statuen etc.

Joh. Perathoner Nachf., Würzburg, gegründet 1840. 109

Für Spitäler u. Private

empfehle ich **eiserne Bettstellen** aller Art zu den billigsten Preisen. Kataloge umsonst. **Wilh. Wolf** in **Bühl** i. Bad.

ARETZ & Cie., Karlsruhe,

Kreuzstrasse 21, nächst der Spitalstrasse,

Specialgeschäft für:

en gros — *en detail.*

Technische, chirurgische und Gummi-Kurzwaaren, Asbestfabrikate, Lederriemen, Gummiriemen, Kameelhaar- und Baumwolltuch-Riemen, Hanfschläuche, Wasserstandsgläser, wasserdichte Wagen- und Pferde-Decken,

Kautschuk-Regenmäntel für Herren und Damen, Gummischuhe, Hosenträger, Verbandstoffe, **Linoleum und Wachstuche,** Gummi-Spielwaaren, **Artikel für Krankenpflege** etc. etc. etc. 26.22

Färberei für **Damenkleider** und **Stoff** in allen Farben, **Herrenkleider** im ganzen Zustande, Möbelstoffe, Plüsch etc.	**C. L. Timeus,** Kunstfärberei und chemische Waschanstalt, 21 Marienstrasse 21, **Karlsruhe.**	Chemische Wascherei von **Damen- u. Herren-Garderoben,** Teppichen, Decken, **Wascherei** und **Crêmefärben** von **Tüllvorhängen.** 6.4

Sorgfältige, rasche und billige Ausführung.

Tuch-Abtheilung,

Kaiserstrasse 82a, Eingang Lammstrasse.

Grösstes Lager bester Fabrikate in jeder Preislage empfiehlt

Wilh. Wolf jr. 30.11.

Corsets für Erstkommunikanten

sind viele **Hunderte** aus besten Materialien, ganz vorzüglich sitzende Façons, in weiß, crême, rosa, blau, naturfarbig u. s. w. auf Lager und bilden eine Kaufsgelegenheit, wie sie von keinem andern Geschäfte geboten wird. 10.10

Pariser Corset-Fabrik **A. LUCAS,** Kaiserstraße 161, Eingang Ritterstrasse.

Alle Neuheiten in

Damen-Hüten

sind eingetroffen.

Durch meine beiden umfangreichen Geschäfte

grösste Auswahl am hiesigen Platze

anerkannt billigste Preise.

Strauss-Kramer,

Dessart & Co. Nachfolger,

Erstes Modellhaus und Strohhut-Fabrik,

Kaiserstraße 199 und Karl-Friedrichstraße 22. 4.1

Karlsruher Colosseum,

jeden Tag Abends 8 Uhr beginnend, **Vorstellung von Künstlern 1. Ranges.**

= Reichhaltiges, jeden Tag abwechselndes Programm =

Alles Nähere durch die Plakate. 3

Wiener Schuhwaaren-Lager

S. Illig,

Kaiserstraße 199a, Ecke der Waldstraße

empfiehlt sein großes Lager in **allen Arten Schuhwaaren** in nur bester und gediegenster Waare zu den billigsten, aber festen Preisen:

Herren-Zug- und **Schnürstiefel** in prima Kalb-, Rind-, Chevreaux- und Lackleder, einfach- und doppelsohlig, niedere und hohe Absätze, breite und spitze Form der Sohlen, von M. 4.50 an,

Herren-Zug- und **Schnürschuhe** in verschiedenen Sorten,

Herren-Jagdschnürstiefel, garantirt wasserdicht, bestes Fabrikat, von M. 12.— an,

Damen-Zug-, Knopf- und **Schnürstiefel** in allen Lederarten, niedere und hohe Absätze, breite und spitze Form der Sohlen, von M. 4.50 an,

Damen-Knopf- und **Schnürschuhe** von den einfachsten bis zu den feinsten Sorten,

Knaben-, Mädchen- und **Kinder-Stiefel** und **Schuhe.**

Große Auswahl in **Pantoffeln** und **Schlappen.**

Gummischuhe, Turnschuhe, Gamaschen, Lacke, Ledercrême, Schuhlöffel, Knöpfe, Stiefel-Bän- und **Auszieher** u. s. w. 5

Reparaturen aller Art werden sofort gut und billigst besorgt.

Auswahlsendungen nach Auswärts werden prompt ausgeführt.

In eine größere Restauration 1. Ranges wird ein junges, einfaches, bürgerlich erzogenes befähigtes und

gewandtes Mädchen,

aus guter Familie, zur Mithilfe in den Haushaltungsarbeiten und am Büffet gesucht. Jahresstelle guter Gehalt und Familienanschluß. Offerten mit Zeugnissen und Photographie sind unter **Nr. 83** an die Expedition dieses Blattes zu richten.

Lehrstelle

offen, in meinem **Manufakturwaarengeschäft** unter günstigen Bedingungen. 3.1

Wilh. Boländer.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag, den 7. April. 2. Quartal. 48. Ab.-Vorst. Zum ersten Male: **Das Recht des Lebenden.** Trauerspiel in einem Akt von Wolfgang Alexander Meyer. — **Unter vier Augen.** Lustspiel in einem Akt von Ludwig Fulda. — **Die Puppenfee.** Pantomimisches Ballettdivertissement von J. Haßreiter u. F. Gaul. Musik von J. Bayer. Anfang 7 Uhr.

Freitag, den 8. April. 2. Quartal. 49. Abonnem.-Vorstellung. **Aida.** Große Oper in 4 Aufzügen von Verdi. Text von Ghislanzoni, für die deutsche Bühne bearbeitet von Julius Schanz. Rhadames: Herr Hopkock, vom Stadttheater in Freiburg, als Gast. Anfang 7 Uhr.

Sonntag, den 10. April. Außer Abonnement. Zum Besten der Pensionsanstalt des Großh. Hoftheaters: **Concert.** Unter gefälliger Mitwirkung des Philharmonischen Vereins. **I. Christus am Oelberg.** Oratorium für Soli, Chor und Orchester (Op. 85) von L. van Beethoven. **II. Neunte Symphonie** mit Schlußchor über Schiller's Ode „An die Freude" (D-moll, Op. 125) von L. van Beethoven. Anfang ½8 Uhr.

Die Annahme von Vormerkungen zu diesem Concerte beginnt am Montag, den 4. April, Vormittags ½9 Uhr.

Vom 1. April 1892, d. i. von Einführung der mitteleuropäischen Zeit an, ist das Vormerkbureau an Werktagen von ½9 - ½1 Uhr und von ¼4 — ¼6 Uhr geöffnet; an Sonn- und Feiertagen ist dasselbe geschlossen. Die Ausgabe der auf Vormerkung zurückgelegten Eintrittskarten findet jeweils an dem der betr. Vorstellung vorhergehenden Werktage von ¼4 - ¼6 Uhr Nachmittags und der allgemeine Vorverkauf der Eintrittskarten am Tage der Vorstellung von ½12—½2 Uhr Mittags statt. Etwaige Aenderungen in den Ausgabezeiten der Eintrittskarten werden auf dem betr. Theaterzettel bekannt gegeben.

Alle Zeitangaben sind nach mitteleuropäischer Zeit.

Notirungen der Frankfurter Börse

vom 5 April 1892.

Staatspapiere.

4	%	Deutsche Reichs-Anl. M.	106 7[illegible]
3½	„	„ „	99 60 7[illegible]
3	„	„ „	85 8[illegible]
4	„	Preuss. Konsols	106 5[illegible]
3½	„	„ „	100 [illegible] 90
3	„	„ „	85 8
4	%	Bayer. Abl.-Rente fl.	103 60
4	„	Württ. Rente v. 85 u. 87 M.	105.4.60
4	„	Badische Obligationen fl.	103 30
4	„	„ v. 1886	1[illegible] 10
4	„	Oest. [illegible]-Sch. Gold Elisab.	98 4[illegible]
4	„	„ Goldrente fl.	95 70 60
4⅕	„	„ Silber.	80 90
4⅕	„	„ Papier.	81 70 60
4	„	Ungar. Goldrente „	93 90
5	„	„ Papierrente	87 60
4½	„	Portugies. Staatsanl.	28.—
4½	„	„ Tabak-Anl.	71,70
3	„	„ Ausl. (Kl.)	95 4[illegible] 50
5	„	Russ. Gold-Anleihe fl.	102.2[illegible]
4	„	Span. ausl. Rente	58.8[illegible] 59
5	„	Italien. Rente	87,80
5	„	Serbien, Goldrente	79 9[illegible]
5	„	Serbien, v. K. Hyp. Obg.	[illegible]

Bank-Aktien.

4½	%	Deutsche Reichsbank	148 70
4	„	Badische Bank	113 —
4	„	Darmstädter Bank	—
5	„	Oest. Kreditb. (Ultimo)	268½ %
4	„	Rhein.	116 70
4	„	Deutsche Bank	157,80 90
4	„	Deutsche Union-Bank	88 88

Inländisch vollbez. Eisenbahn-Aktien.

4	%	Heidelberg-Speyer Thlr.	40,40 50
4	„	Hessische Ludwigsb.	109,90
4	„	Ludwigsh.-Bexbach fl.	225 60,50
4½	„	Pfälzer Maxbahn	142 —
4	„	„ Nordbahn	112 70 60

Ausländisch vollbez. Eisenbahn-Aktien.

5	%	Albrecht ö. W. 200 fl.	76½
5	„	Oest.-Ung. St. 500 Fr.	248¾ %
5	„	„ Nordwestb. fl.	186½
5	„	„ Lit. B. Elbthal „	201⅛ %
5	„	Schweiz. Centralb. Fr.	136.7 90
4	„	Gotthardbahn „	135 5,90

Prioritäten.

5	%	Albrecht ö. W. 200 fl.	89.50
5	„	„ in Gold 400 M.	105—
5	„	Oesterr. Südbahn	109 90 83
3	„	„ 1871	60.30
5	„	Ung.-Staatsb. 1879	107 9[illegible]
3	„	„ Staatsb. 1.—8. Em.	84.10
3	„	„ „ 9. Em.	83 —
3	„	„ „ Ergänz.	81 90
5	„	Prag-Dux-Eisenb. i. Gold	117.9[illegible]

Verzinsliche Anlehens-Loose.

3½	%	Preuss. 100 Thlr.	161,80
3½	„	Köln-Mindener 100 Thlr.	135 90
4	„	Bayerische 100 Thlr.	14[illegible] 10,40
4	„	Badische 100 Thlr.	136,50
4	„	Meining. Pfdbr. 100 Thlr.	128,4[illegible]
4	„	Oldenburger 40 Thlr.	128,—
5	„	Oest. v. 1854 ö. W. 250 fl.	123 90
5	„	„ v. 1860 ö. W. 500 fl.	125.90 93

Unverzinsliche Anlehens-Loose.

Braunschweiger 20 Thlr.	102 90
Augsburger 7 fl.	26 6[illegible] 50
Ansbacher 7 fl.	49 70
Meininger 7 fl.	27 70
Pappenheimer	28 40
Freiburger 15 Fr	31 60
Mailänder 45 Fr.	
„ 10 Fr.	—

Wechsel. K. S.

Amsterdam 100 fl.	168,85
Antwerpen 100 Fr.	81 80 48
Schweiz 100 Fr	80,85
Wien 100 fl. ö. W.	171 95
Paris 100 Fr.	81 [illegible] 15
London	20.415

Pfandbriefe.

4	%	Rhein. Hypothekenbank	100 80
3½	„	„ „	94 60
4	„	Bayer.	103.1[illegible] 02
4	„	Württemb.	10[illegible] 40

Verfallene Coupons.

Oesterr. Papier	171.40
Amer. U. St. - u. R. R.	4,17

Geldsorten.

20-Franken-Stücke	16.24 — 21
„ in ½	16.24 — 21
Dukaten	9.60 — 65
„ al marco	9.65 — 65
Engl. Sovereigns	20.41 — 36
Russ. Imperials	16.7[illegible] — 65

Verantwortlich: Für den politisch[illegible] und [illegible] Theil: B. [illegible] — Für Landwirthschaft, Handel und [illegible] — [illegible] in Karlsruhe.
[illegible] Karlsruhe, [illegible]straße 42. — [illegible]